

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschl. u. Danzig, Saar- und Rheinl. Gebiet, Österreich, Litauen, Ungarn 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ mit „Gedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Himmels“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 26. September 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postcheckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Volksbank-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigepreise:
Die einseitige Anzeigepreise 0,70 Goldmark, Restbetrag 1.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (außer zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 50% Goldmark. Eine Goldmark - ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Die Volkspartei macht Krise.

Erfüllung des Berliner Pakts? - Bürgerblockade gegen die Sozialdemokratie.

Die Deutsche Volkspartei, die von „sozialdemokratischer Krisenmacherei“ sprach, als der „Vorwärts“ nach der Rückkehr Stresemanns der Frage die Schellen umhängte, hat jetzt selbst in aller Form die Regierungskrise eröffnet, indem sie an den Reichstanzler mit dem Verlangen nach der Aufnahme der Deutschnationalen in die Reichsregierung herantrat.

Die Volkspartei hat diesen Schritt, seiner inneren Logik oder Unlogik folgend, mit einer Kriegserklärung an die Sozialdemokratie verbunden, die zugleich eine Kriegserklärung an die geschichtliche Wahrheit ist.

Der Beschluß des Vorstandes der volksparteilichen Reichstagsfraktion steht auch im Widerspruch zu den Erklärungen, die die volksparteiliche Presse bis in die letzten Tage hinein abgegeben hat. Die Presse berief sich darauf, daß die Gewährung von Ministerstellen an die Deutschnationalen von der Uebernahme der Verantwortung für den Londoner Vertrag abhängig sei.

Am Gegensatz zu dieser Auffassung hat sich der Fraktionsvorstand ohne weiteres die Meinung der Deutschnationalen zu eigen gemacht, wonach durch die zahlreiche Abstimmung vom 29. August der Preis voll gezahlt, also die Ware sofort zu liefern ist. Er übernimmt damit vor aller Welt offen die Verantwortung für das schmutzigste Geschäft, das jemals die innere Geschichte Deutschlands bekleckert hat.

Was bezweckt die Volkspartei mit ihrer Liebeserklärung an die Deutschnationalen und ihrer Kriegserklärung an die Sozialdemokratie? Und warum hatte sie mit der Veröffentlichung ihrer Erklärung solche Eile?

Sie wollte den Jägern in der Deutschnationalen Partei auf dem kommenden deutschnationalen Parteitag den Rücken stärken. Sie wollte Herrn Hertgen retten, der die Zustimmung während er selber einen Reizettel abgab - gegen Ministerpostenbesitz an die volksparteilichen Seelenkäufer verhandelte. Diesem taktischen Schachzug zuliebe hat die Volkspartei die innerpolitische Krise mit überstürzter Eile eröffnet und die sagenhafte „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“, auf der die gegenwärtige Regierung beruht, vollends in die Luft gesprengt.

Als Regierungspartei hat sie eigenmächtig alle Brücken, die nach links führen, zerstört. Denn daß durch diesen Schritt eine der Parteien, auf die sich die gegenwärtige Regierung stützt, das Gesamtverhältnis dieser Regierung zur Sozialdemokratie entscheidend beeinflusst wird, hat selbst ihrem geringen politischen Scharfblick nicht entgehen können.

Eine so schlechte Sache gut zu vertreten, wäre keiner Rabulistik der Welt möglich gewesen. Die ganze Erklärung der Volkspartei ist daher auch eine einzige Verlogenheit.

Verlogen und allen Tatsachen ins Gesicht schlagend ist die Behauptung, zwischen den Deutschnationalen und den Mittelparteien sei eine gemeinsame außenpolitische Basis hergestellt. Daß die Linke den „bedingungslosen“ Eintritt in den Völkerbund gefordert habe, ist eine bewußte Unwahrheit. Die Fiktion, daß demgegenüber die Deutschnationalen mit den Mittelparteien gemeinsam für den bedingungslosen Eintritt seien, ist frei aus der Luft geholt.

Umgekehrt ist die Forderung, das Dawes-Gutachten bedingungslos anzunehmen, von der Regierung und den Mittelparteien nicht abgelehnt, sondern erfüllt worden. Denn das Dawes-Gutachten war ein untrennbares Ganzes, das nur „bedingungslos“ abgelehnt oder „bedingungslos“ angenommen werden konnte. Nach der „bedingungslosen“ Annahme des Gutachtens unterhandelte die Regierung über seine Ausführung. Daß sie sich dabei bemühte, Erleichterungen durchzusetzen, ist selbstverständlich und wurde allgemein gebilligt - nur von den Deutschnationalen, Böllischen und Kommunisten nicht, die ja das ganze Gutachten „bedingungslos“ verwarfen und noch verwerfen.

So sieht die „gemeinsame außenpolitische Grundlage“ aus. Was anders ist auf dieser verlogenen Grundlage möglich, als eine Politik der Verlogenheit, die von Widerspruch und darum von Mißerfolg zu Mißerfolg taumelt?

Aber so schwankend die „gemeinsame außenpolitische Grundlage“ ist, so festgefügt und solide ist - das sei gerne zugestanden - die gemeinsame innenpolitische Grundlage zwischen Deutschnationalen und Volksparteilern. Sie verbindet die gemeinsame Gegnerschaft gegen die bestehende re-

publikanische Staatsform, gegen die Besteuerung des Besitzes, gegen den Achtstundentag, gegen jede Erweiterung der Arbeiterrechte, die gemeinsame Liebe zu Schwarz-Weiß-Rot, Klassenherrschaft und Hochschußzoll, Deutschnationalen und Volksparteiler, Konservative und Rationaliberale, wie sie sich vor dem großen Firmenwechsel nannten, haben gemeinsam das persönliche Regiment gestiftet, das gleiche Wahlrecht bekämpft, sich jedem sozialen Fortschritt widersetzt und noch jahrelang nach der Marneeschlacht jeden für einen Verräter erklärte, der weniger als halb Europa annectieren wollte. D. sehr viel verbindet Deutschnationalen und Volksparteiler, unendlich viel!

Nach einem kurzen hilflosen Versuch, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und republikanische Ministern zu üben, ist die Volkspartei in ihre alte Bahn zurückgekehrt. Schon jener Versuch begegnete von vornherein dem entschlossenen Widerstand des schwerindustriellen Flügels. Mit welchen Mitteln dieser Flügel im vorigen Jahre gegen das eigene Kabinett Stresemann gearbeitet hat, darüber wird noch ausführlicher zu reden sein, da die Volkspartei jetzt die Stirne besitzt, die Schuld am Scheitern der sogenannten großen Koalition der Sozialdemokratie zuzuschreiben.

Die Volkspartei wird sich noch davon überzeugen können, daß der Streik über die Vorgänge des vorigen Jahres, den sie mutwillig vom Zaun gebrochen hat, nicht zu ihrem Vorteil ausgehen wird.

Gerade das, was die Volkspartei angeblich nicht will, den Zerfall des Volkes in „zwei Teile, von denen der eine herrscht und besitzt und der andere arbeitet und bezahlt“, das hat sie innerhalb der großen Koalition zu betreiben versucht. Daran und an der jeder Berechtigte hochsprühenden ungleichen Behandlung der Putschgefahren von rechts und links ist die große Koalition gescheitert.

Hier gilt das Wort: „Wer sich entschuldigt, klagt sich an“. Mit vorsichtiger Perfidie oder perfider Vorsicht versucht die volksparteiliche Erklärung das, was sie als Folge der volksparteilichen Politik kommen sieht, „die Trennung der Nation in zwei sich hemmungslos bekämpfende Teile“, auf das Schuldkonto der Sozialdemokratie abzuschreiben.

Die Sozialdemokratie hat aus den Trümmern des an einem Uebermaß von eigener Schuld zusammengebrochenen Kaiserreiches die deutsche Republik geschaffen. Sie hat die Staatsordnung, die allein noch die Einheit Deutschlands verbürgt, in harten Kämpfen gegen links und rechts auch gegen die Deutsche Volkspartei verteidigt. Sie hat die Last der Unpopularität auf sich genommen zu Durchführung einer von bitterer Notwendigkeit diktierten Außenpolitik und sie hat diese Außenpolitik konsequent und führend vertreten bis zur Annahme der Dawes-Gesetze, von denen die Volkspartei jetzt mit starker Uebertreibung stolz behauptet, daß durch sie „Freiheit, Ehre und Existenzmöglichkeit“ des deutschen Volkes gesichert seien. Die Volkspartei erklärt nach alledem, die Sozialdemokratie habe sich „der wirtschaftlichen Gesundung des Reiches und der Wiederherstellung seiner inneren Ordnung widersetzt und damit wirtschaftliche und staatliche Interessen der Parteipolitik geopfert“. Und indem sie mit weitausholender Gebärde die „sechs Millionen deutschnationalen Wähler“ in ihre „Volksgemeinschaft“ einschließt, weist sie sogleich sechs Millionen sozialdemokratischer Wähler aus dieser Volksgemeinschaft hinaus.

Auch diese Geste ist von einer lächerlichen Verlogenheit. Noch haben die Herren Stresemann und Scholz nicht zu entscheiden, wer zur „Volksgemeinschaft“ gehört und wer nicht. Aber wir können diese Geste nicht anders auffassen, denn als eine beabsichtigte Beleidigung und Bedrohung, und wir können in diesem Augenblick nicht die Erinnerung daran unterdrücken, daß die Partei Stresemanns jahrzehntelang ein System stiftete, das die Partei Bebel's und Ludwig Franks rechtlos machte und ächtete.

Die Herren sehen also, daß wir im Bilde sind. Wir wissen, worum es geht. Den Handschuh, den man uns hinwirft, heben wir auf.

Die Dawes-Gesetze sollten dem gequälten Land wirtschaftliche Erholung und Beruhigung verschaffen. Die Volkspartei entfacht mit ihrer Erklärung die schwerste innenpolitische Krise und den schärfsten innenpolitischen Kampf. Um die Diktatur des Bundes zwischen Grundrente und Kapitalprofit neu zu stabilisieren, soll Deutschland nach dem Willen der Volksparteiler noch einmal einem konservativ-national-liberalen Regiment unterworfen werden. Wir werden ein solches Regiment, dessen Phrasen wir kennen, dessen Methoden wir kennen und deren Erfolge wir kennen,

wenn es wirklich kommt, bis zum äußersten bekämpfen und des arbeitenden Volkes willen und um Deutschlands willen.

Die Bürgerblockentschließung der Volkspartei.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat, wie die Rationaliberale Korrespondenz meldet, in seinen Sitzungen vom 24. und 25. September über die politische Lage beraten und einstimmig die nachstehende Entschließung gefaßt:

Die Außenpolitik des Reiches ist durch die Annahme des Londoner Paktes, die Erklärung der Reichsregierung zur Kriegsschuldfrage vom 30. August und den Beschluß des Kabinetts über den Eintritt in den Völkerbund vom 25. September festgelegt. Uebernahme der Reparationslasten nur gegen Sicherung von Freiheit, Ehre und Existenzmöglichkeit. Eintritt in den Völkerbund nur nach Garantierung formeller und materieller Gleichberechtigung mit den Hauptmächten und die Nichtanerkennung der Forderung der Enten als baldigen bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund ist vom Kabinett mit Recht ebenso zurückgewiesen worden wie seinerzeit die bedingungslose Annahme des Dawes-Gutachtens. Damit ist die Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne nationaler Realpolitik gesichert.

Kunmehr handelt es sich um die innere Konsolidierung auf gemeinsamer außenpolitischer Grundlage. Wir haben seit langem das Ziel einer

Zusammenfassung aller staatsbejahenden und aufbaubereiten Parteien

verfolgt und der Notwendigkeit, die wertvollen politischen sozialen und wirtschaftlichen Kräfte der Deutschnationalen Volkspartei aus außen- und innenpolitischen Gründen zur verantwortlichen Mitarbeit in der Reichsregierung heranzuziehen, in unserer Entschließung vom 28. August erneut Ausdruck verliehen. Wir halten an dieser Entschließung fest. Nachdem der Reichstag am 29. August mit der erforderlichen verfassungsmäßigen Mehrheit den Londoner Abmachungen zugestimmt hat, wobei die Deutschnationalen Fraktion die Annahme mit ermöglichte, ist die Durchführung der dadurch erforderlichen Maßnahmen Sache aller Parteien und des großen Volkes.

Wir glauben zu der Annahme berechtigt zu sein, daß die Deutschnationalen Partei auch ihrerseits nunmehr die Durchführung der entstandenen Aufgaben mit sichern wird. Dadurch wird die Bahn frei für eine Erweiterung des Reichskabinetts, entsprechend der Bedeutung und Stärke der Partei.

Unser Ziel ist nicht die Schaffung eines Bürgerblocks. Das deutsche Volk darf nicht in zwei Teile zerfallen, von denen der eine herrscht und besitzt und der andere arbeitet und zahlt. Wer uns ein solches Ziel unterlegt, der will selbst die Trennung der Nation in zwei sich hemmungslos bekämpfende Teile herbeiführen, um hieraus parteipolitischen Nutzen zu ziehen. Die leitende Idee unserer Innenpolitik war die Herbeiführung der Volksgemeinschaft. Unter Zurückstellung aller Bedenken hatten wir uns deshalb auch im Reich bereit gefunden, mit der Sozialdemokratischen Partei zusammenzuarbeiten.

Dieses Zusammenwirken ist durch die Schuld der Sozialdemokraten gescheitert, welche sich den Maßnahmen des Kabinetts Stresemann zur wirtschaftlichen Gesundung des Reiches und zur Wiederherstellung seiner inneren Ordnung widersetzen und damit wirtschaftliche und staatliche Notwendigkeiten der Innenpolitik opferten. Die Sozialdemokratie hat das Kabinett der Großen Koalition zu Fall gebracht. Sie hat sich mithin für die Lösung der heutigen großen Aufgaben auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet selbst ausgeschaltet. Unser Ziel bleibt die Volksgemeinschaft. Für sie haben wir mit den übrigen Koalitionsparteien nicht ohne sichtbaren Erfolg gearbeitet. Diese Erfolge müssen durch ruhige und stetige Arbeit fortentwickelt und ausgebaut werden. Sie dürfen nicht infolge einer Reichstagsauflösung, die übrigens keine wesentliche Verschiebung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse bringen würde, gelöst werden. Die Lösung ist nach unserer festen Ueberzeugung nur nach Einbeziehung von sechs Millionen deutschnationaler Wähler in die Volksgemeinschaft und Sicherung ihrer Mitarbeit möglich. Nur so ist eine Beschränkung der unvermeidbaren parteipolitischen Kämpfe auf ein erträgliches Maß und die Herstellung der für jeden Erfolg unentbehrlichen gemeinsamen außenpolitischen Front zu erreichen.

Marx zu Verhandlungen bereit.

Künftig wird gemeldet:

Im Auftrag des Vorstandes der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gaben gestern mittag die Reichstagsabgeordneten Dr. Japp und Dr. Curtius dem Reichstanzler Kenntnis von der Entschließung des Vorstandes über die Erweiterung des Reichskabinetts durch

Einbeziehung der Deutschnationalen Volkspartei in die Regierung.

Der Reichskanzler nahm die Mitteilungen der Herren entgegen und erklärte ihnen, daß es nach den bekannten Vereinbarungen mit der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei vom 29. August ohnedies seine Absicht gewesen wäre, noch vor Wiederzusammentritt des Reichstags von sich aus Verhandlungen über eine etwaige Regierungsumbildung aufzunehmen und daß er bei dieser Absicht bleibe.

Das Zentrum will untersuchen.

Die „Germania“ nimmt von unseren Bemerkungen über den Bruch der Vertraulichkeit der Beratungen im Aufwertungsausschuß Notiz und fügt ihnen folgende Sätze an:

Von diesem angeblichen „Treiben“ der Zentrumsanhänger ist uns nichts bekannt und bis zum strikten Beweis des Gegenteils halten wir die Andeutungen des „Vorwärts“ für Verleumdungen. Das entbehrt aber die Partei nicht der Pflicht, den Angaben der beiden Blätter (der „Frankfurter Zeitung“ und des „Vorwärts“) nachzugehen und festzustellen, was es mit der Behauptung, Anhänger des Zentrums unterstützten und förderten das Treiben der Börsenspekulanten, auf sich hat. Die Ehre der Partei verlangt es, daß ein solcher Verdacht keinen Augenblick gegen Zentrumsanhänger bestehen bleibt und daß unverzüglich die durch die Behauptung des „Vorwärts“ notwendig gewordene Selbstverständlichkeit betont wird, daß in der Zentrumsparlei für Leute, die Börsenspekulanten unterstützen und fördern, kein Platz ist.

Dazu nur ein Wort: Von einer Verleumdung durch den „Vorwärts“ kann schon von deswillen keine Rede sein, weil wir nur Bezug genommen haben auf die ausführlichen Andeutungen der „Frankfurter Zeitung“. Im übrigen sind wir mit der „Germania“ durchaus einer Meinung, wenn sie die Nachprüfung jener Andeutungen fordert.

Die Entschädigung verarmter Reicher.

Der Aufwertungsplan des Reichsfinanzministers.

Wie bereits kurz bekannt gegeben worden ist, hat der Reichsfinanzminister dem Unterausschuß, der sich mit der Aufwertungsfrage beschäftigt, einen in der Form von Leitlinien festzulegenden Plan vorgelegt, der den Bedürftigen unter den Kriegsanleihezeichnern Hilfe bringen will. Fragt man nun zunächst, weshalb sich das Augenmerk des Finanzministers in erster Reihe auf die Kriegsanleihezeichner richtet, so ist hierauf zu erwidern, daß sie es waren, die dem Vaterlande — teilweise unter eigenen schweren Opfern — in der Not ihr Geld dargebracht haben. Fragt man weiter, weshalb nur die Bedürftigen unter den Kriegsanleihezeichnern berücksichtigt werden sollen, und hier wiederum nur die, die ihre Stille und Schuldverschreibungen konterfälscht haben, so lautet die Antwort: Die Hilfe, die der Finanzminister anbietet, kann sich nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel halten. Es ist ganz unumgänglich und wäre unverantwortlich, wollte der Finanzminister einen Plan vorlegen, dessen Auswirkung ein neues Defizit im Haushalt und demgemäß eine neue Inflation wäre.

Für die Aufwertung können im beschränkten Umfange die aus Inflationssteuern eingehenden Gelder zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus leider nichts. Das wird jedem einleuchten, der die Lage unserer Wirtschaft, die Grenzen ihrer Besteuerung und insbesondere die Lasten aus dem Doppel-Guthachten berücksichtigt. Wollte man die Beiträge, die aus Inflationssteuern freigegeben werden können der Gesamtheit der Zeichner der Kriegsanleihe oder gar der Gesamtheit der Anleihebesitzer zur Verfügung stellen, so würde auf den einzelnen so wenig entfallen, daß von einer wirklichen Hilfe keine Rede sein könnte. Dazu kommt, daß man alle Anleihebesitzer berücksichtigen, die Spekulantzen zu Lasten der wirklich der Hilfe Bedürftigen ein Geschenk erhalten würden, auf das sie keinen Anspruch haben.

Darum keine allgemeine Aufwertung, sondern eine Renten-gewährung an bedürftige Anleihezeichner.

Ihnen soll ein Recht auf die Rente gegeben werden. Berücksichtigt werden können, wie schon oben ausgeführt, nur solche Personen, die sich noch im Besitz der Kriegsanleihe befinden. Dazu gehören die im Reichsschuldbuch Eingetragenen. Eine Beschränkung auf diesen Kreis ist notwendig; andernfalls bedürfte es in jedem Falle der — in der Praxis nicht durchführbaren — Prüfung, ob der Erlös der verkauften Anleihe nicht zu einem verhältnismäßig angemessenen Erlös für die hingegebene Kriegsanleihe geführt hat.

Als bedürftig sollte der angesehen werden, der weder aus eigenem Vermögen, noch durch eigene Arbeit seinen Unterhalt bestreiten kann. Die Rente soll dem Berechtigten, nach seinem Tode seinem Ehegatten auf Lebenszeit gewährt werden. Entscheidend soll sein, daß der Berechtigte bei der Begründung des Anspruchs auf die Rente bedürftig gewesen ist.

Die Höhe der Rente

soll sich nach dem Betrag bemessen, den der Berechtigte dem Reich in selbstgezeichnete Kriegsanleihe überträgt, wird jedoch bei dem einzelnen Berechtigten mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehenden Mittel den Betrag von 1000 Reichsmark für das Jahr nicht überschreiten können. Das Recht auf die Rente soll mit der Person des Berechtigten verknüpft sein. Es soll der Möglichkeit vorbeugt werden, daß der Berechtigte sich in einer etwaigen Notlage das Recht von dritter Seite ablaufen läßt und wieder dem Elend ausgeliefert wird, während die Rente in Hände käme, für die sie nicht bestimmt war.

Um den Bedürftigen die Aufnahme in einer häuslichen Gemeinschaft zu erleichtern, soll er aber die Rente innerhalb eines bestimmten Kreises vererben können. Sie soll nach seinem Tode auf einen Zeitraum von zehn Jahren beschränkt auf solche Personen übergehen können, die ihn oder seinen Ehegatten in ihre häusliche Gemeinschaft aufgenommen haben. Die Rente soll ferner vererblich sein auf Kinder, Nindestinder oder Eltern, sofern diese Erben bedürftig sind. — Was die Höhe der Leistungen betrifft, so ist daran gedacht, die Rente auf zwei Reichsmark je Jahr auf je 100 Papiermark nominell Kriegsanleihe zu bemessen. Es würde also z. B. ein Selbstzeichner von 15000 M. Kriegsanleihe 300 Goldmark in jedem Jahr erhalten. Das ist nicht viel, aber es bildet immerhin eine sichere Grundlage, neben der die soziale Fürsorge bestehen bleibt. Der Rahmen derjenigen, die mit der Rente bedacht werden können, muß eng sein. Immerhin werden die Fälle einzubeziehen sein, in denen die Kriegsanleihe im Erbgang erworben, durch Sammelzeichnung (z. B. auch Armeezeichnungen im Felde) zugekauft oder in ähnlicher der Selbstzeichnung gleichstehender Weise an den Bedürftigen gelangt ist. Es soll aber auch über die bedürftigen physischen Personen hinaus solchen Verbänden eine, in ihrer Höhe noch festzustellende Rente zustehen, die ihrerseits zur Unterstützung von Bedürftigen berufen sind. Hierunter würden u. a. fallen kirchliche und sonstige charitative Einrichtungen, die zur Unterstützung Armer und Kranker seitens angeordnet und diese Gelder als Selbstzeichner in der Kriegsanleihe angelegt haben.

Das ist der Plan, den der Finanzminister dem Unterausschuß vorgelegt hat. Die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Reichs werden unter allen Umständen im Auge behalten werden müssen. Wer mehr geben will, als in dem Plan vorgesehen, wird auch die Wege weisen müssen, auf denen neue, nicht schon in Anspruch genommene oder vom Reich sonst benötigte Quellen erschlossen werden können.

Die Übertragbarkeit der Rente wird also ausgeschlossen sein.

Soweit der Plan des Reichsfinanzministeriums. In seinem sozialen Kern trifft er zweifellos das Richtige und das ist auch von allen Parteien bisher anerkannt worden. Festgestellt sei aber bei dieser Gelegenheit, daß es die Sozialdemokratie gewesen ist, die eine derartige soziale Regelung der Aufwertungsfrage immer gefordert hat. Genosse Reil hat im Aufwertungsausschuß seinerzeit Vorschläge gemacht, die weiter gehen als die Zugeständnisse des Reichsfinanzministeriums und die auch den Weg zu einer Beschaffung der notwendigen Mittel durch erhöhte Besteuerungen wiesen. Warum dieser Gedanke nicht aufgenommen worden ist, das besagt die Rundgebung des Reichsfinanzministeriums nicht. Wir hoffen jedoch, daß in der Angelegenheit nicht das letzte Wort gesprochen ist, und daß unter Ausschluß aller Spekulationsgewinne, weiter eine gerechte Lösung der Aufwertungsfrage gesucht wird.

Der thüringische Skandal.

Staatsbankpräsident gegen Finanzminister.

Der Rechtsbeistand des bisherigen Thüringischen Staatsbankpräsidenten Loeb, Dr. Paul Leoi, verbreitet durch eine hiesige bürgerliche Korrespondenz folgende Erklärung:

1. Die Anzeige gegen Loeb wegen angeblicher Aktienverschleppung ist erstattet von dem zweiten Direktor der Thüringischen Staatsbank, der sich einen ganzen Tag lang die angebliche Aktienverschleppung mitangesehen und dann erst um 2 Uhr nachts die Polizei alarmiert hat. Bei der Durchsicht der beschlagnahmten Aktien, die bereits bis über die Hälfte gediehen ist, ist bisher noch nicht ein einziges, einwandfrei als amtlich anzusprechendes Aktienstück gefunden worden, vielmehr lediglich die Privatkorrespondenz Loeb's. Es ist zu erwarten, daß nach völliger Prüfung der Akten das Ermittlungsverfahren in wenigen Tagen beendet sein wird.

2. Was das materielle Zerwürfnis zwischen Loeb und der Thüringischen Staatsregierung angeht, so liegt dem folgendes zugrunde: Bereits mit dem Amtsantritt des gegenwärtigen Ministers trat eine Spannung zwischen Loeb und der Staatsregierung ein, da der gegenwärtige Minister offen erklärte, er sei völlig eingestellt und halte nach seiner völkischen Einstellung einen Juden in prominenter Stellung nicht für geeignet. Trotz dieser Einstellung des Finanzministers blieb die Staatsbank, von gelegentlichen Börsartigkeiten abgesehen, unbehelligt.

Am Juli d. J. nun ereignete sich folgendes:

Eine Holzgesellschaft hatte an den bekannten Deutschholländischen Abgeordneten Dr. Dinter ein Haus verkauft und dafür 32000 M. in Ägypten von Dinter erhalten. Die reguläre Bankverbindung dieser Holzgesellschaft lehnte den Discont des Wechsels ab.

Darauf bot die Holzgesellschaft dieselben Wechsel der Thüringischen Staatsbank zum Discont an, die aber gleichfalls den Discont ablehnte, weil es sich nicht um Warenechsel, das heißt nicht um reichsbankfähige Wechsel handelte. Mitte August d. J. legte ein Bücherrevisor die Proportionswechsel der Staatsbank abermals zum Discont vor, womit also zugleich dargelegt war, daß Dinter die Wechsel bei Fälligkeit nicht eingelöst hatte. Die Staatsbank, d. h. ihr Präsident Loeb, lehnte den Discont wieder ab.

Darauf richtete Dinter eine kleine Anfrage an die Regierung, die dem Sinne nach fragte, ob Deutschholländische von der Thüringischen Staatsbank keine Kredite erhielten. Wie einer der Sachverständigen, die von der Regierung gestellt worden sind, selbst zugegeben hat, hing die ganze von der Regierung angeordnete Revision mit dieser Dinterschen Beschwerde zusammen.

Inzwischen oder ist weiter festgestellt, daß die Thüringische Regierung, d. h. das Finanzministerium selbst, diese nicht reichsbankfähigen Wechsel als Zahlung für Holzgelder hereingenommen und auch prolongiert hatte, offenbar, weil sie gegen den Abgeordneten Dinter vorzugehen sich nicht in der Lage sah. In diesem Zusammenhang nun hat die Thüringische Regierung diese Revision von zwei willkürlich zusammengefügten Revisoren vornehmen lassen, dagegen eine Revision durch die Deutsche Treuhändergesellschaft abgelehnt. Damit hat sie zur Genüge bewiesen, daß es ihr nicht darauf ankomme, den Geschäftsbericht zu prüfen, sondern darauf, Material gegen den Präsidenten zu sammeln.

Aus diesem Grunde hat dann Loeb sein Amt niedergelegt, ehe die durch eine schäblichste Demütigung zustande gekommene Revision in Angriff genommen worden war. Im übrigen werden über die Verhältnisse die Gerichte zu entscheiden haben.

Der braunschweigische Landtag lehnte den Vergleichsvorschlag zwischen dem braunschweigischen Staat und dem damals regierenden Herzoglichen Hause ab. Weiter wurde der Dringlichkeitsantrag der französischen bürgerliche Vereinigung, deutsche Volkspartei und Wirtschaftsgemeinschaft auf vorzeitige Auflösung des Landtags abgelehnt. Der Landtag erreicht sein verfassungsmäßiges Ende im Januar nächsten Jahres. Der Landtag wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Hermann Löns.

Zum heutigen zehnjährigen Todeslage des Dichters.

Von Walter Dack.

Es ist das Schicksal der meisten deutschen Dichter und Denker, daß sie zu Lebzeiten nicht gerade mit fremdbildlichem Gefühle von gewissen Zeitgenossen bedacht werden (zuweilen läßt man sie auch verhungern) und daß sie nach dem Tode meist von denselben Kreisen für ihre Idee in Anspruch genommen werden. Das ist zwar eine traurige Komödie, aber daran stoßen sich bekanntlich die Herrschenden der „alten, guten Zeit“ nicht.

Auch Hermann Löns, der Heidegedicht, muß ein ähnliches Schicksal erfahren. Verschiedentlich sind nach seinem Tode Bücher über ihn erschienen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, zu beweisen, daß auch Hermann Löns zu denen gehörte, die für die gottgewollte Menschheitsordnung (siehe: wilhelmische Aera) Gut und Blut hingeben. Welcher Parteirichtung Hermann Löns angehörte, ist für uns kein Dogma. Aber wenn man diese widerliche Art verfolgt, alles, was im Kriege gefallen ist, vor den deutschnationalen Parteien zu spannen, dann läßt man sich doch veranlaßt, ein Wort für Hermann Löns zu sagen.

Hermann Löns war ganz und gar nicht der Mensch, der in die Welt vor 1914 paßt. Das sagen seine Werke und das sagt sein Leben. Der Heide und damit der Natur über alles hingeebte, selbst natürlich und ungeschminkt, wahrheitsliebend und gerade denkend, ist er auch seine Wege gegangen. In seinen Dichtungen zeigt er sich so, wie er war. Seine Kritik an den Dingen der Welt und den Dingen der Staatsordnung war scharf und hat ihm manchen Verdruß eingetragen. Es wäre falsch, zu sagen, diese kritischen Gedichte hätte er als Redakteur geschrieben und sie wären aus Grund des Abhängigkeitsverhältnisses mehr oder weniger Zwangsprodukte. Zudem sind eine ganze Reihe Gedichte in der Zeit des freien Schriftstellertums entstanden.

In seinem Gedicht „Poeta laureatus“ heißt es:

Singt ewig nicht von Liebe,
Stimmt an das Lied vom Haß,
Fort Wein und Lust — besingt
Des Schweines heilig Raß . . .
Reißt der Gesellschaftslüge
Die Maske vom Gesicht . . .

Was er als Sohn einer Familie, die nicht zum Proletariat zählte, doch für die arbeitende Klasse empfunden hat, hat er in den Versen festgelegt:

Barrikade, Pfastersteine,
Pulverblut, Kommandoschrein,
Rotes Blut und blaues Blut,
Oben Mut und unten Mut,
Blut und Pulver, wenn auch Deutsche,
Warum müßt ihr nicht die Peitsche,
Warum dem kein trocknes Brot?
Schlagt sie tot!

Millionen in der Hand;
„Kaiser, Gott und Vaterland!“
Ist nun einmal so die Welt,
Da der Hunger, hier das Geld;
Warum seid ihr solche Sünder,
Warum habt ihr soviel Kinder?
Was, noch Schmalz auf euer Brot?
Schlagt sie tot!

Nur den Reichen kommt es zu:
Voller Regen, weiche Kuh;
Eure Mädchen sind uns recht,
Wir sind Herr, und ihr seid Knecht!
Laßt sie sterben, laßt sie hungern,
Radend auf der Straße lungern,
Werden toll sie dann aus Rot —
Schlagt sie tot!

Sehr scharf geht er mit dem Kadavergehoram der Zeit ins Gericht. Seine Satire trifft den Lindener Magistrat, der die Gründung einer Turnriege des Lindener Bürgervereins willkommen heißt, weil nun ein jeder Gelegenheit hat, sich im „Kumpfbeugen“ zu üben und die „steifen Rücken“ zu lösen. In seinem Gedicht „Lebensregel“ lautet eine Strophe:

Opposition ist pöbelhaft,
Nach eigener Meinung geht
Kein seiner Mann, im Gegenteil,
Das tut bloß ein Profet.

Hermann Löns meldete sich nach Ausbruch des Krieges freiwillig und fiel schon am 26. September 1914. Seine Kriegsgebichte, seine Freiwilligkeit und sein Heldentod ändern an dem vorstehend geschilderten Löns nichts. Das zeigt sein Gedicht „Soldatentod“, in dem er den Militarismus unter die Lupe nimmt:

Gequält, geschlagen, malträtiert,
Von früh bis in die späte Nacht,
Mit rohen Worten tisoniert,
Im Boden und um Lust gebracht,
Es trat ihn wie ein schmutzig Tier
Der rohe Unteroffizier —
Da riß vom Koppel er das Erz
Und stieß es ihm ins Herz.

Lags drauf im Militärgericht
Sprach man ihm Leid und Leben ab,
Daß brav er sonst, das zählte nicht,
Für Wohnstrat ein schnelles Grab.
„Rein Mitleid darf dem Hunde blühen,
Wo blies sonst die Disziplin?“
Sie schossen tot ihn in der Früh —
Das Blut verrottnet nie.

Hermann Löns war eben, wie viele andere, dem Zuge der Begeisterung von 1914 verfallen. Ob er aber je ein Kriegsheld gewesen wäre, ist sehr fraglich. Ein Mann, wie er, der sich für das Recht der Menschheit und insbesondere das Recht der unter-

drückten Menschheit einsetzte, hätte die Verherrlichung des freßenden Todes, der ja erst 1916 und die folgenden Jahre eine so grausige Bedeutung erhielt, ganz gewiß nicht mitgemacht.

Rechtsgerichtete Presse.

„Nach vor dem Kriege kam einmal der neugewählte Vorsteher des Aufsichtsrates einer Zeitungsgesellschaft zu mir und sagte, daß es ihm erst nach toglanem Bemühen gelungen sei, sich über alle Schachgesellschaften hinweg zu werben, die mit seinen Zeitungen verknüpft seien.“
Deutsch: Kippeler in der „Deutschen Presse“.

Der Verlagsdirektor: Sie müssen verstehen: das Blatt ist ein Zweigunternehmen der Mitteldeutschen Abfallverwertungs-gesellschaft.

Der Chefredakteur: Und hat als ein solches die Interessen der Mitteldeutschen . . .

Der Verlagsdirektor: Aber nicht doch. Diese ist ja nur ein Splitter des wiederum dem Norddeutschen Bankverein unterstehenden Schmierseifenkonzerns.

Der Chefredakteur: Es wären demnach die Belange der Banken . . .

Der Verlagsdirektor: Das können Sie nach Ihrem Gutdünken machen. Hierauf kommt es nicht an. Die Bank ist ein Tochterunternehmen der Westfälischen Eisen-Allianz, an der französische Herren maßgebend beteiligt sind.

Der Chefredakteur: Ich verstehe: ein deutsch-französisches Wirtschaftsbündnis . . .

Der Verlagsdirektor: Nichts dergleichen. Die Eisen-Allianz ist ja nur in die Koederei A. G. geschachtelt, die samt ihren Schweißergesellschaften in den Montantrust gekapelt ist, der ein starkes Interesse an einem Schutz vor der französischen Minette hat.

Der Chefredakteur: Also ablehnende Haltung gegenüber Frankreich?

Der Verlagsdirektor: Soweit Sie dadurch nicht die Herren des Steinkohlenbergbaues vor den Kopf stoßen, die an dem Montantrust beteiligt sind und einer Petroleumfirma unterstehen, die Ruhe in Europa begehrt und Frankreich und Deutschland als Absatzgebiete braucht.

Der Chefredakteur: Es sind demnach internationale Interessen, die . . .

Der Verlagsdirektor: Wie können Sie das glauben! Die Petroleumfirma ist das Zweigunternehmen eines Baumwollimporteurs, der selbstverständlich ein glühender Patriot mit anti-semitischem Einschlag ist.

Der Chefredakteur: Und der demnach den Vorstoß bei wichtigen Redaktionskonferenzen führt und die Tendenz des Blattes bestimmt.

Der Verlagsdirektor: Natürlich nur, soweit der Herr in England nicht anderweitig verlegt.

Der Chefredakteur (aus den Wolken fallend): Aber welcher Herr in England denn?

Der Verlagsdirektor: Auf den der amerikanische Herr, von dem ich meine Direktiven bekomme, mich verwiesen hat. Ich danke Ihnen, Herr Chefredakteur. Sie dürfen nun im Bilde sein.
H. B.

Gegen den Agrarschutz.

Eine Entschliebung auf der Stuttgarter Tagung.

Stuttgart, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) In der Nachmittags-Sitzung der Tagung des Vereins für Sozialpolitik leitete Professor Sehring eine Aussprache über Zoll- und Handelspolitik mit einem Referat über die wirtschaftliche Agrarkrise und die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge ein. Er sieht bei der Ausführung des Dawes-Planes die Zukunft Deutschlands sehr dunkel. Hilfe könne nur kommen durch die Revision der Pfandurkunde des Versailler Diktates und durch die Gleichberechtigung Deutschlands. Was man von amerikanischen Großkapitalisten nie erwarten dürfe, könne man von den amerikanischen Farmern hoffen, wenn sie einmal zur Herrschaft gelangen würden. Zur Zollfrage führte er aus: Deutschland müsse den Warenexport steigern, um leben zu können. Das sehr niedrige Produktionskosten, also auch niedrige Lebenshaltungskosten voraus. Die große Richtung der deutschen Handelspolitik müsse freihändlerisch sein.

Die Armut Deutschlands zwingt es zum Freihandel.

Wenn Europa sich gegenüber den großen Imperien erhalten wolle, so müsse unter den Völkern des baltischen Europas ein freundschaftliches, wirtschaftliches Verhältnis hergestellt werden. Unter den Vätern des Dawes-Planes würden vor allem die Arbeiter leiden, deshalb sei es überaus wichtig, das tägliche Brot zu verteuern. Gewiß müsse Deutschland sich eine zollpolitische Rüstung zulegen gegenüber der kleinlichen Handelspolitik der anderen.

Kompensationszölle möchte er zugestehen. Agrarzölle aber seien kein geeignetes Mittel zur Beseitigung der Agrarkrise.

Aufhebung der Industriezölle, Aufhebung der Umsatzsteuer, Einführung der plammbägen Verbillichung des Stickstoffdüngers seien die Abhilfemittel gegen die Agrarkrise.

Ein Anzahl namhafter Professoren der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft hat

folgende Resolution

gefaßt:

Die neue wirtschaftliche Struktur Deutschlands, die Auswirkung des Londoner Protokolls und die wesentlichen Verschiebungen der weltwirtschaftlichen Verhältnisse haben Deutschland vor eine von Grund aus neue handelspolitische Lage gestellt. Die unterzeichneten Vertreter der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft machen mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß Deutschland mehr denn je gezwungen sei, die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung sich zu eigen zu machen. Sie vermögen daher Zölle nur insoweit zu billigen, als sie ein unentbehrliches Mittel für die möglichst freihändlerische Gestaltung der Handelsbeziehungen bedeuten. Eine künstliche Verteuerung der Lebenshaltung ist in Deutschland ganz besonders bedenklich. Auch sind die Unterzeichneten überzeugt, daß die schwierige Lage der Landwirtschaft durch die Fortsetzung des Vorkriegsagrarschutzes nicht entscheidend verbessert, sondern eher verschlechtert werden kann.

Wie zu erwarten war.

Hitler und Kriebel ab 1. Oktober begnadigt.

München, 25. September. (W.B.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Die Strafkammer des Landgerichts München I hat bezüglich der Bewährungsstrafen für Adolf Hitler, Kriebel und Dr. Weber folgenden Beschluß gefaßt: Dem Schriftsteller Adolf Hitler und dem Oberförstern a. D. Hermann Kriebel wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 an für den bis dahin noch nicht verübten Rest der am 1. April 1924 vom Volksgericht München I gegen sie erkannten Festungsstrafe von fünf Jahren Strafsüßnahme und Bewährungsfrist von vier Jahren bewilligt.

Die Entscheidung darüber, ob auch dem Tierarzt Dr. Weber in Ansehung der am 1. April 1924 vom Volksgericht München I gegen ihn erkannten Festungsstrafe Bewährungsfrist zu bewilligen sei, wird bis zur Beendigung des gegen Oswald und Genossen wegen Vergehens gegen das Republikstutzgesetz eingeleiteten Verfahrens ausgelegt.

Sexualpsychologisches zu Tolsters „Hinkemann“. Bereits bei der Berliner Erstausführung des „Hinkemann“ in einer Matinee des Residenztheaters hatte Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld kurz ausgeführt, was der Forscher und Spezialist auf dem nach vielen Richtungen noch ungeklärten Gebiet der Sexualpsychologie über diese Tragödie der Geschichtstheorie zu sagen habe. Was er damals nur so oberflächlich skizzieren konnte, rundete er in einem Vortrag im Institut für Sexualwissenschaft zu einer ausgezeichneten sexualpsychologischen Analyse ab. Die eingehende Kritik der Wissenschaft kann nur konstatieren, daß Tolster, abgesehen von ein paar fehlerhaften Aeußerlichkeiten, scharf und mit logisch feiner Beobachtung das sexualpsychologische Problem, das in seiner Tragödie steckt, dargestellt hat. Der durch den Krieg entmannte Mann leidet seelisch nicht unter seiner Verstümmelung, er ist im Gegenteil durch langes Grübeln zum „Sexualerdränger“ geworden, wie die Wissenschaft das nennt. Nur der Hohn und Spott seiner Kameraden bringt ihm das Blut in Wallung. Er ist beruhigt und zufrieden, daß seine Frau zunächst nicht über ihn lacht, er hat kaum Verständnis für die seelischen und körperlichen Leiden seiner Frau, und so ist es denn auch von der Warte der sexualpsychologischen Beobachtung aus gesehen durchaus logisch, daß am Schluß des Stückes nicht er, nicht der entmannte Mann, sondern die entmannte Frau aus dem Leben scheidet, das Recht zerreißt, wie Tolster sagt. Dr. Hirschfeld fand in diesem Zusammenhang auch ein paar kluge und warme Worte über die viel angefeindete Szene mit dem Ballus, die rein bühnentechnisch gesehen freilich heikel genug ist, und er verstand es, seinen Vortrag durch eingestreute Beobachtungen und Erfahrungen aus seiner reichen Praxis zu beleben und zu erläutern. Nur da, wo er sich zum Dichter Tolster und zu dessen Aeußerungen über die wesentlich verschiedene Rolle der Liebe im Leben des Protagonisten und des Reichen in Gegensatz setzte, blieb der Mann der Wissenschaft gegenüber dem Dichter im Unrecht.

Der Deutsche Naturforscher- und Ärztekongress feierte am Donnerstag seine Verhandlungen fort. Aus den in zahlreichen Abteilungs-Sitzungen gehaltenen Vorträgen seien besonders zwei hervorgehoben. Prof. W. Schmidt sprach über „Wellen im Luftmeer“. Er führte dazu u. a. aus: Untersucht man den Luftdruck nicht nur an einer einzelnen Station, sondern seine Verteilung über größere Gebiete der Erde, so findet man, daß die Luftdruckverteilungen an solchen Tagen, die symmetrisch zum Symmetriepunkt liegen, außerordentlich große Ähnlichkeit aufweisen. Dies ist eine wichtige Feststellung, die von praktischer Bedeutung für die Wettervorhersage ist, da man nach Kenntnis des Symmetriepunktes auf Wochen und Monate voraus den allgemeinen Verlauf des Luftdruckes und damit der Witterung wird angeben können. Prof. Dr. v. Frisch-Breslau behandelte die „Sinnesphysiologie und Sprache der Bienen“. Es ist ihm gelungen, Bienen durch Fütterung auf farbigen Papieren auf bestimmte Farben zu „dressieren“ und so den Nachweis zu führen, daß ihnen tatsächlich ein Farbensinn zukommt.

Volksbühne. Die erste Aufführung von Ernst Barlachs Drama „Der tote Tag“ in der Reinszenierung der Volksbühne im Theater am Bülowplatz beginnt ausnahmsweise um 7^{1/2} Uhr.

Die Staatsanwaltschaft wird nunmehr zu prüfen haben, ob gegen diesen Beschluß des Landgerichts München I Beschwerde einzulegen ist.

Neue Zuchtshausopfer der KPD.

Das Urteil im Hannoverischen Prozeß.

Hannover, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Hannoverische Kommunistenprozeß hat sein Ende erreicht. Die Ausgesagten des Zeugen Pfleger sind für einige Angeklagte außerordentlich belastend. Er gehörte als Unterleiter den kommunistischen Hundertkämpfern an und hat auch an Sprengstoff- bzw. Gewehrtransporten teilgenommen. Man glaubte, etwa 1000 bewaffnete Männer zur Verfügung zu haben. In einer Vernehmung der KPD in Kassel wurde aufgeföhrt, Flaschen zu sammeln, um flüssigen Sprengstoff hineinzufüllen. Auch der Angeklagte Kruse wurde durch diese Aussagen schwer belastet. Der Zeuge behauptete z. B. u. a. noch, daß Kruse mit einem anderen zusammen die Gewehre, die aus Walsrode geholt waren, später wieder aus einer Autohalle abgeholt hatte. Kruse bestreitet das. Ein Zeuge Ehlers wurde Anfang Oktober von Bielefeld nach Hannover als militärischer Leiter kommandiert, um Hundertkämpfern ins Leben zu rufen. Der Staatsanwalt fragt ihn, ob nicht nach dem Hamburger Buisch ein gewisser Bersall in der hannoverschen KPD eingetreten sei. Der Zeuge bejaht das. Das sei auch darauf zurückzuführen, daß Spigel in der Bewegung gewesen wäre.

Der Staatsanwaltschaftsrat weist nach dem Abschluß der Verhandlungen in seinem Plädoyer darauf hin, daß die Beweggründe der Tat nicht unmittelbar gemeiner oder ehrenrühriger Natur seien, sondern in politischer Verbildung und irreführender politischer Verbildung ihre Gründe hätten. Nach längerer, bis in die späten Abendstunden dauernder Beratung kam das Gericht zu folgendem Urteil:

Es wurden bestraft wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz und wegen Vergehens anderer Delikte Brolewski mit 2 Jahren Zuchtshaus, Kruse mit 1 Jahr Gefängnis, Sohns mit 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis, Schubert mit 1 Jahr Gefängnis, Loewenberg mit 1 Jahr Gefängnis, Haarmann mit 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Bieler mit 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Baranik mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Habermann mit 1 Jahr Gefängnis, Krauter mit 6 Monaten Gefängnis, Schaper mit 6 Monaten 2 Wochen Gefängnis, Kessel mit 1 Jahr 1 Monat Gefängnis, Kaiser mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Gegen Brolewski wird wegen der Höhe der Strafe Haftbefehl erlassen.

Kein Verhandlungsabbruch.

Die englischen Meldungen über einen Abbruch der deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen entsprechen nicht den Tatsachen. Von einem wirklichen Abbruch kann keine Rede sein. Am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, traten die deutschen und die englischen Unterhändler in der britischen Botschaft in Berlin zu einer neuen Besprechung zusammen. Es handelt sich dabei nur um Vorbesprechungen. Sie haben zur Grundlage einen englischen Zolltarifentwurf, dessen Existenz anfänglich von deutscher Seite bestritten wurde. Die Engländer haben starke Herabsetzung einer Reihe deutscher Zölle gefordert. Von deutscher Seite wurde auf die hohen Zölle für Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei hingewiesen, die jedoch nicht zu einer Verweigerung der Weiterbegünstigung durch England geführt haben. Die bestehenden Meinungsverschiedenheiten sollen nicht derart sein, daß ein Scheitern der Verhandlungen befürchtet werden muß.

London, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Gerüchte über den Abbruch der deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen werden in aller Form dementiert. Fountain, der Sachverständige des britischen Handelsministeriums, der nach Berlin gegangen ist, um die britische Botschaft bei den Verhandlungen zu unterstützen, sei wohl nach London zurückgekommen, aber es sei nie beabsichtigt gewesen, daß er länger als zwei oder drei Tage in Berlin bleibe. Die Fortsetzung der Berliner Verhandlungen sei außer aller Frage.

Deutschland und der Völkerbund.

W.B. meldet: Das Memorandum über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, das den beteiligten Regierungen durch die deutschen Vertreter überreicht werden soll, ist in der gestrigen Sitzung des Ministerrats genehmigt worden und wird nunmehr umgehend den in Frage kommenden deutschen Auslandsvertretungen zugestellt werden.

Genf, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Graf Kehler wird am Freitag abend aus Berlin in Genf erwartet, um auf Grund neuer Instruktionen weiter zu verhandeln.

Die Genfer Beratungen.

Genf, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Völkerbundrat hielt am Donnerstag morgen unter dem Vorsitz Hymans' eine öffentliche Sitzung ab. Zunächst wurde ein albanischer Antrag angenommen, der die Volkshastenkonzern erzwang, die endgültige Grenzfestlegung Albaniens zu beschleunigen. Anschließend wurde über die Irakfrage verhandelt. Ueber die Schlichtung der darunter verstandenen Grenzstreitigkeiten um Mosul berichtete Branting. Er verlangte von den Vertretern Englands und der Türkei Angaben, ob sie von vornherein bereit seien, eine Entscheidung des Rats, die im Artikel 3 des Lausanner Vertrages vorgesehen sei, anzuerkennen. Der englische Delegierte Parnoor erklärte, daß er den Rat als Schiedsrichter anerkenne, daß dieser dabei aber dem Lausanner Vertrag Rechnung tragen müsse, in dem festgelegt ist, daß der Bezirk von Mosul zum Königreich Irak gehört. Der türkische Delegierte Fethi Bey bestritt diese These, die auf kein internationales Uebereinkommen gegründet sei. Die türkische Regierung sei bereit, eine Volksabstimmung der Bevölkerung von Mosul anzuerkennen, wie immer diese auch ausfallen möge. Die englische Regierung will diese Volksabstimmung umgehen, weil es außer Zweifel erscheint, daß die weitaus größte Mehrheit der Bevölkerung von Mosul für die Zugehörigkeit zur Türkei stimmen wird. Der Völkerbundrat hat schließlich die Irakfrage wieder an die Kommission zurückverwiesen.

In geheimer Sitzung verhandelte der Völkerbundrat sodann über den Plan der

Militärkontrolle für Deutschland,

Deutschösterreich, Ungarn und Bulgarien, wie ihn die ständige beratende Kommission des Völkerbundes ausgearbeitet hat.

Die Völkerbundsversammlung hielt am Donnerstag ebenfalls eine Sitzung ab. Die mittelamerikanische Republik San Domingo hat ein Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund eingereicht, das der zuständigen Kommission zur Prüfung überwiesen wurde. Die Tagesordnung der Vollversammlung umfaßt neun Punkte: 1. Geistige Zusammenarbeit. Berichterstatter: Murray. 2. Flüchtlingsfragen. Berichterstatter: Swanwick. 3. Finanzieller Wiederaufbau Oesterreichs. Berichterstatter: Bonnet-Frankreich. 4. Bericht

des Wirtschaftskomitees. 6. Georgien. 7. Wahl der sechs nichtständigen Mitglieder des Völkerbunds gemäß dem chinesischen Vorschlag, bei der Neuwahl nach geographischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte zu verfahren. 8. Die Frage des Mädchen- und Kinderhandels. 9. Der Frauen- und Kinderschutz im nahen Orient. Diese Berichte geben eine Uebersicht der in nichtpolitischen Kommissionen geleisteten Arbeit.

Englisch-türkischer Zwischenfall.

London, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag hat Lord Parmoor die Aufmerksamkeit des Völkerbundes, dessen Rat am Vormittag sich mit der schiedsgerichtlichen Regelung der Mosulfrage beschäftigt hatte, darauf gelenkt, daß die Türken den Status quo an der türkisch-mesopotamischen Grenze gebrochen haben. Der Zwischenfall hat bereits zu einem englisch-türkischen Notenwechsel geführt. Türkische Truppen seien in der Nachbarschaft von Amadia innerhalb der letzten 10 Tage verschiedentlich über die Grenze vorgestoßen, britische Armeeflieger seien nach der Einbruchsstelle geschickt worden und haben die eingedrungenen Türken beschossen. Unter den Toten habe man Angehörige der regulären türkischen Armee festgestellt. Lord Parmoor erklärte, daß die türkische Aktion ein Vorstoß gegen den Lausanner Vertrag sei, in dem sich beide Mächte verpflichtet haben, keine militärischen Operationen zu unternehmen, solange die Mosulfrage Gegenstand der Diskussion sei. Die englische Regierung hat ihre Behörden im Irak angewiesen, alle Maßnahmen zu ergreifen, um einen nochmaligen Einbruch von türkischer Seite zu verhindern.

Bevorstehender Beitritt der Türkei.

Paris, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Berichterstatter des „Temps“ in Genf meldet, daß der Führer der türkischen Delegation, Fethi Bey, ihm erklärt habe, daß die Angoro-Regierung keine Bedenken gegen den Eintritt der Türkei in den Völkerbund hege. Sie habe nur deshalb bisher kein Zulassungsgesuch eingereicht, weil der Lausanner Vertrag erst jetzt ratifiziert wurde. Die türkische Regierung werde die Frage des Eintritts in den Völkerbund vor der Nationalversammlung in Angora, die demnächst zusammentrete, stellen. Er hoffe, daß das Beitrittsgesuch bereits in der ersten Hälfte des Oktober erfolgen werde.

Der „Temps“-Berichterstatter fügt hinzu, daß, wenn sich diese Voraussetzungen erfüllen, die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Völkerbundes im Januar bereits als sicher erachtet werden könne. Auch die Republik von San Domingo hat soeben ein Eintrittsgesuch eingereicht.

Der Völkerbund für Georgien.

Genf, 25. September. (W.B.) Bei sehr schwach besuchtem Hause nahm heute nachmittags die Völkerbundsversammlung, deren meiste Mitglieder in den Kommissionen anwesend waren, die französisch-belgisch-englische Resolution an, in der die Resolution der Völkerbundsversammlung vom Jahre 1922 über Georgien erneuert wird. Der Rat wird außerdem aufgefordert, mit Aufmerksamkeit die Ereignisse in Georgien zu verfolgen und die sich ihm darbietenden Gelegenheiten zu benutzen, damit durch friedliche und dem Wege des internationalen Rechts entsprechende Mittel diesem Lande zur Rückkehr zu einer normalen Lage verholfen werden kann. Die Debatte, an der sich skandinavische, englische, italienische, belgische und französische Delegierte beteiligten, wiederholte die bereits im sechsten Ausschuss der Versammlung dargelegten Argumente. Murray-England erklärte dabei, daß die Resolution keine Einmischung in die inneren Verhältnisse Sowjetrußlands bedeute. Bonin-Pangare-Japan, der der Resolution zustimmte, warnte vor unvorsichtigen und falschen Schritten. Brouckere-Belgien forderte energisch, daß endlich etwas zugunsten Georgiens geschehe, da die Welt dieser Ungerechtigkeit nicht mehr länger zusehen werde. Bonnet-Frankreich führte in allgemeinen Bemerkungen aus, daß der Völkerbund nicht schweigen könne. Die Resolution wurde dann von den anwesenden Mitgliedern angenommen.

Englischer und italienischer Widerstand gegen das Abrüstungsprotokoll.

Genf, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Abrüstungskommission hat nach langen Debatten am Donnerstagabend der Entwurf des Protokolls gebilligt. Man wird aber bei aller Anerkennung der grundsätzlichen Bedeutung des Problems sich daran tun, nicht die neigenden Gegensätze zu unterschätzen, die gerade bei der heutigen Debatte klar zutage traten. Sie machten sich besonders bemerkbar bei der Frage der Zuständigkeit des Völkerbundsrates für die Stellung der Streitkräfte der verschiedenen Unterzeichner des Protokolls gegen einen Angreifer. Während hier der französische Standpunkt, den die kleine Entente unter Führung von Venedic unterstützt, ein automatisches Eintreten der Sanktionen gegen den Angreifer vorsah, betonten die Engländer von vornherein, daß sie sich völlige Handlungsfreiheit vorbehalten müßten bezüglich der Verfügung über die Streitkräfte. Auf jeden Fall ist — und das ist auch die Ansicht der meisten englischen Delegation — nicht damit zu rechnen, daß das englische Parlament dem Protokoll in seiner jetzigen Form zustimmen wird.

Anderer Gründe hat der Widerstand Italiens, besonders gegen den Plan einer ständigen internationalen Untersuchungskommission, die während der Dauer eines Schiedsgerichtsverfahrens in den einzelnen Ländern die Kriegsrüstungen zur Vermeidung von Angriffen überwachen sollte. Ebenso machte Stollen jetzt schon Vorbehalte für die kommende Abrüstungskonferenz. Man wird in diesen Vorbehalten nicht nur eine Aeußerung gesteigerten Souveränitätsgefühls erblicken, das jede Art von internationaler Abmachung schon als Beeinträchtigung nationaler „Belange“ zurückweist, sondern in diesem Fall spielt ebenfalls die Befürchtung mit, daß gegebenenfalls eine internationale Kontrolle einen unerwünschten Aufschub über die Stärke der schicksalichen Wille geben könnte, mit der Italien heute eine Heeresstärke besitzt, die die der Vorkriegszeit übersteigt. Es sind also innere Fragen, die Italiens Widerstand bewirken. Die stellenweise überaus heftigen Auseinandersetzungen in der Debatte zwischen Schweizer-Italien und Jowensel-Johauz bzw. Loucheur haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Einigung der Geister noch lange nicht erfolgt ist. Das ergibt sich auch daraus, daß am Freitag die Unterkommission noch als den Artikel 7 heroiert wird. Man hofft dann aber in einer Vollsession am Freitag oder spätestens am Sonnabend die Arbeit zum Abschluß zu bringen und sie am Montag der Vollversammlung zur endgültigen Annahme vorlegen zu können. Aber der Eindruck bleibt, daß das Protokoll heute noch mehr einen moralischen Appell an das Völkergewissen darstellt als ein praktisches Instrument der praktischen Politik.

Letzte Nachrichten.

Ein Luftmord in Essen.

Essen, 25. September. (W.B.) Heute nachmittags gegen 1^{1/2} Uhr wurde die 13jährige Tochter des Bankiers Hammerstein, dessen Wohnung in Stadtwall Eichenwald liegt, auf dem Dachhauseweg von der Schule überfallen, durch einen Schlag betäubt und vergewaltigt. Der über das Ausbleiben des Kindes beunruhigte Vater suchte seine Tochter und fand sie zehn Schritte von seiner Wohnung entfernt in einem Gebüsch noch lebend auf, doch starb sie bald darauf seinen Armen.

Gewerkschaftsbewegung

„Das Gift des Marxismus“.

Eine recht dankbare Aufgabe wäre eine Untersuchung darüber, wie weit der Prozeß der Abhängigkeit der Vertreter der Wissenschaften von der Industrie in Deutschland vorgeschritten ist. Dabei würde natürlich zu unterscheiden sein zwischen der sachwissenschaftlichen Tätigkeit im Dienste der Industrie und der literarischen Tätigkeit der „freien“, „unabhängigen“ Gelehrten zur Befriedigung der Unternehmerinteressen in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit. Es liegt uns fern, daraus einen Vorwurf zu konstruieren. Die Verhältnisse der Nachkriegszeit hoben nicht denn je auch die Wissenschaft gezwungen, nach Brot zu gehen. Es ist jedoch ein wesentlicher Unterschied, ob ein materiell unabhängiger Vertreter der Wissenschaft die Resultate seiner Forschungen und Untersuchungen publiziert oder ein Abgehauer sich irgendwie seinen Lebensunterhalt erwerben muß.

Im Freistaat Sachsen geht der geistliche Herr in die Hand und Bergwerke, in der Hauptstadt schauelt der Geheime Rat seine Kohle, selbst Hand anlegend, in den Keller des Hauses, und Schriftsteller und Gelehrte handhaben die Werkzeuge in eigener Regie — all dies wegen eigener finanzieller Räte oder wegen Verlangens der Hilfe in Haus und Hof.

Gerade aus unserer materialistischen Beurteilung der Dinge können wir zum rechten Verständnis für sie und finden es daher auch begreiflich, wenn Doktoren und Professoren ihre Federn in Dienste stellen, die sie unter anderen Verhältnissen verschmäht hätten. Wenn die Betreffenden müssen dann schon gestatten, daß wir bei der kritischen Würdigung ihrer Publikationen diesen wesentlichen Unterschied von vornherein in Betracht ziehen, selbst auf die Gefahr hin, zu verallgemeinern, die nur bei der Personkenntnis in jedem einzelnen Falle zu vermeiden wäre. Abgesehen von der Tendenz liegt die Art derartigen Auslassungen in der Regel jedoch einen gewissen Anhaltspunkt für die notwendige Untercheidung.

Nach dieser allgemeinen Betrachtung kommen wir zu einem Artikel, den Professor Dr. H. Lehmann-Aachen über „Unser Verhältnis zur Arbeit“ für die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, „Der Arbeitgeber“, schrieb. „Die auf Arbeit eingestellte deutsche Volksseele ist geradezu verwüstet worden“, klagt der Verfasser. Er führt dafür eine ganze Reihe von Erklärungen an, vermeidet es aber, sie als das zu bezeichnen, was sie sind, als Kriegsfolgen. Zweifellos müssen wir einmal darüber hinwegkommen. Daß es sich hierbei in der Hauptsache darum handelt, ausreichende Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, ist richtig. Daß nach weite, unultivierte Brachländer zu kultivieren sind, hat der Marxist August Bebel schon zu einer Zeit betont, da die nötigen Mittel dazu verfügbar gewesen wären, wenn damals der Militarismus nicht alles verschlungen hätte. Der Herr Professor schlägt nur vor, „im Rahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge“ das Problem zu lösen. Ein Hindernis erblickt er in dem mangelnden „guten Willen unserer stadtgehobenen Arbeiterschaft zu solcher Umstellung“ und auch von Zwangsmassnahmen verspricht er sich keinen Erfolg. Er versucht es daher mit Zureden unter Hinweis darauf, daß der geistliche Herr ins Bergwerk ging und der Geheime Rat seine Kohlen in den Keller schaufelte. So dürfte auch der Tagelöhner und gewerbliche Facharbeiter vor ungewohnter Beschäftigung nicht haltmachen, „selbst wenn sie schwer ist“.

„Er darf nicht erst abwarten, bis die Arbeit von selbst kommt, in dem Gedanken, lieber die bequemere Erwerbslosenunterstützung zu genießen.“

Damit zeigt unser Professor, daß er leicht fertig ist mit dem Wort über Dinge, die er nicht kennt. Mit diesem einen Beweis begnügt er sich jedoch nicht. Er verfährt gründlich. Die Widerstände, die sich seinem Plan entgegenstellen, erblickt er in der Schematisierung der Arbeitsbedingungen, in der ganzen konstitutionellen Arbeitsverfassung. Er wendet sich gegen die angeblich öffentlich-rechtliche Schematisierung der Arbeitszeit und der Lohnsätze. Der kostspielige Apparat verfehle seinen Zweck, denn:

„Ein zuverlässig wirkendes System zur Befriedigung von Streiks hat der menschliche Geist noch nicht zu entdecken vermocht. In dem äußerlich ansehnlichen Prachtbau der nachkriegszeitlichen Sozialpolitik, dem „Haus der Arbeit“, fühlte sich eigentlich keiner der Eintretenden recht wohl, die Nächstbeteiligten, Arbeiter und Unternehmer an allerwenigsten, denn es ist keine Stätte des inneren Ausgleichs sozialer Anschauungen, sondern der Kampfplatz zwischen den realen Wirtschaftsmächten Kapital und Arbeit geworden.“

Dem Herrn Professor Lehmann fehlt es an dem rechten Maß-

stab bei dieser Betrachtung. Er, der einleitend selber die Ursache angedeutet hat für die hinter uns liegende Periode einer geringeren Arbeitsintensität, behauptet,

„Daß unter dem Achtstundentag und dem Lohnsatz das Verhältnis zur Arbeit kein positives, aktives mehr geliebt ist; es ist ein negatives, passives geworden.“

Daß schon in der Vorkriegszeit Tarifverträge bestanden mit Lohnregelung und einer Regelung der Arbeitszeit, die vom Achtstundentag teilweise nur wenig entfernt war, braucht kein Professor zu wissen, wenn er darüber schreibt,

„Richtig gesehen, ist die mathematische Formel des dreigeteilten Tages überhaupt nicht zutreffend, sie heißt doch tatsächlich acht Stunden Arbeit und 16 Stunden Ruhe.“

Eine andere Brille, Herr Professor, Sie sehen falsch! — Bei dem Geistesarbeiter und in der Landwirtschaft habe ein solches Gesetz (wie es Prof. Lehmann hier mit 16 Stunden Ruhe konstruierte) niemals gegolten. Im Handwerk der guten alten Zeit habe sich das „Logwerk“ vollzogen, solange die Sonne am Himmel stand, d. h. solange bei Tageslicht gearbeitet werden konnte. Dieser halben Wahrheit aus der guten alten Zeit stellt Lehmann gegenüber:

„Nur der gewerbliche Betrieb soll nach marxistischer Lehre dazu verurteilt sein, diese Fessel (der 16 Stunden Ruhe) zu tragen.“ Auch die „Tariffessel“ sei untragbar, weil das Risiko neuer Verfahren, Methoden usw. von vornherein nicht entlastet werden könne. „Der Zwang des Tarifes drängt überhaupt den freien Willen vorwärtsgerichteter Menschen zurück“ — die für die gute alte Zeit schwärmen. Legten Endes ist aber an den „Fesseln“ nur der Sozialismus schuld.

„Heute aber frißt das Gift des Marxismus weiter und dem zwanzigsten Jahrhundert scheint die besondere Aufgabe gestellt zu sein, hiermit ins reine zu kommen, oder die bereits betretene schiefe Ebene weiter zu rollen.“

Daß der Marxismus den Krieg verschuldet habe, behauptet auch Professor Lehmann nicht. Dennoch sucht er den Marxismus indirekt für die Kriegsfolgen verantwortlich zu machen. Er müßte sich immerhin fragen, wie es nur möglich ist, daß trotz der vielen Lehmannen, die den Marxismus schon bekämpft, ihr Gegengift gegen ihn verpflanzt haben, sein „Gift“ immer weiter „um sich frißt“. Leider wirkte das „Gift des Marxismus“ nicht stark genug vor dem Kriege. Sonst ließe sich auch für manche Professoren heute deutlicher erkennen, daß das, was sie gedankenlos nachplappernd als „Gift“ bezeichnen, eine wissenschaftliche Erkenntnis ist, obwohl sie dem Unternehmertum nicht in den Arm pakt und sie deshalb von seinen literarischen Klopffedern mit weit mehr Eifer als Erfolg bekämpft wird, zumal man die Absicht merkt.

Lohnbewegung der Eisenbahner.

Die Spitzenorganisationen der Eisenbahner sind — wie die *Ill.* berichtet — gestern nachmittag im Reichsfinanzministerium vorstellig geworden, um eine Erhöhung der Löhne bei der Reichsbahn zu beantragen. In Vertretung des Reichsverkehrsministers, der verhindert war, empfing Ministerialdirektor Högler die Organisationen. Die Vertreter der Eisenbahner haben das vereinbarte Lohnabkommen nicht gekündigt. Vom Reichsverkehrsministerium wurde den Organisationen bedeutet, sie möchten zunächst einmal den Erfolg der von der Regierung eingeleiteten Preisabbaution abwarten. Die Erwirkung der nächsten Zeit werde ergeben, ob eine Erhöhung der Löhne notwendig sei. Infolgedessen wurden von den Organisationen keine bestimmten Forderungen vorgebracht. Die Organisationen werden in den nächsten Tagen zusammentreten, um darüber zu entscheiden, ob sie sich mit der Stellungnahme der Reichsverkehrsverwaltung einverstanden erklären wollen.

Lohnabbau der Schuhfabrik E. Pinner Nachf.

Die Firma E. Pinner Nachfolger, Inhaber Leo Borinski, Berlin, Köpenicker Str. 127, versuchte bereits vor mehreren Wochen, einen Lohnabbau durchzuführen. Der Anschlag scheiterte damals an dem Widerstand der Belegschaft. Die Firma ging jetzt aufs Ganze. Am 13. September wurden die 57 Arbeiterinnen in der Stepperei entlassen. Dem Betriebsrat, der sonst für die Firma nicht zu existieren scheint, wurde mitgeteilt, ebenso den entlassenen Arbeiterinnen, sie würden sämtliche wieder eingestellt, wenn sie sich eine Lohnkürzung gefallen lassen. Ueber das Maß der Lohnverschlechterung wollte man mit der Organisation verhandeln. Der Vertreter der Arbeitnehmer forderte in den Verhandlungen, daß zunächst die unter Bruch des Tarifvertrags und Verletzung der Stilllegungsverordnung erfolgte Entlassung der Arbeiterinnen rückgängig zu machen sei. Dann solle über die strittigen Punkte verhandelt werden mit der Maßgabe, daß alle Akkorde und Zeitlöhne nachgeprüft werden. Wo die Akkorde zu hoch erschienen, soll eine Kürzung erfolgen zugunsten der schlechtbezahltesten Arbeiterinnen. Die Verhandlungen scheiterten, da die Firma es ablehnte, ihren Gewaltakt rückgängig zu machen, den Arbeiterinnen den ihnen dadurch entstandenen

Schaden zu ersetzen und unter dem Druck des Beschlusses die Zustimmung zu einem Lohnabbau bis zu 35 Proz. forderte. Da die Firma behauptete, sie zahle übermäßig hohe Löhne, ist festzustellen, daß von den 57 Arbeiterinnen in der Stepperei 20 die Mindestsätze des Reichstarifvertrags erhielten, zwei Akkordearbeiterinnen 12½ Proz. weniger als den erreichbaren Mindestakkordlohn und die übrigen 35 nur bei äußerster Ausnutzung ihrer Arbeitskraft über die Mindestsätze des Tarifes teilweise weit hinauskommen. Der Durchschnittslohn aller Zeit- und Akkordearbeiterinnen liegt um 24 Proz. über dem tariflichen Mindestlohn; ein Prozentsatz, wie er in den übrigen Berliner Schuhfabriken üblich ist.

Durch das tarif- und gesetzwidrige Vorgehen der Firma sind die übrigen Abteilungen des Betriebes bereits ins Stocken geraten, so daß in der Woche vom 22. bis 27. September teilweise nur ein Tag gearbeitet wurde und in kurzer Zeit der ganze Betrieb zum Erliegen kommt, wodurch etwa 300 Arbeitnehmer brotlos werden. Die gesamte Kollegenschaft ist gewillt, den Abwehrkampf gegen den Lohnabbau zu führen, weiß sie doch, daß hinter der Firma Pinner der Fabrikantenvorband steht, der für die Durchsetzung des Lohnabbaues die Kosten nicht scheut.

Das Lohnabkommen der Bauanschläger.

Das Lohnabkommen für die Bauanschläger läuft am 5. Oktober ab. Es sieht einen Stundenlohn von einer Mark vor. Wie uns mitgeteilt wird, haben die Unternehmer nach dem Streik im Mai, der von den Anschlägern mit großer Erbitterung geführt wurde und der mit einem vollen Erfolg für die Streikenden abschloß, nicht die Absicht, den Lohnsatz zu mindern. Für den Fall der Kündigung hat aber die Verhandlungskommission der Anschläger freie Hand für etwaige Verhandlungen.

Entlassungen bei Benz in Mannheim.

Blättermeldungen aus Mannheim zufolge beabsichtigt die Firma Benz u. Co. morgen Sonnabend 500 Arbeiter wegen Geldmangels und Abfahrschwierigkeiten zu entlassen. In einer Belegschaftsversammlung, die sich am Mittwoch mit der Sache befaßte, wurde eine Entschliebung angenommen, die gegen die Entlassung protestierte und von der Direktion verlangt, daß alle Mittel, auch Kurzarbeit, angewandt werden, um die ganze Belegschaft ohne Entlassung über den Winter zu beschäftigen.

In jedem einzelnen Falle der Stilllegung müßte gründlich nachgeprüft werden, ob sie irgendwie begründet ist, oder ob es sich nicht um absichtliche Manöver handelt zu naheliegenden Zwecken. Die Gemeingefährlichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kommt so oder so in diesem lästigen Spiel mit Arbeiterrezistenzen zu sinnfälligen Ausdruck.

4200 Bergarbeiter mit Familien brotlos!

Aus Bochum meldet *W.B.*, daß von der Generaldirektion der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerks- und Hüttenengesellschaft die vom Gesamtbetriebsrat vermittelte Mitteilung über die beabsichtigte Entlassung von 4200 Bergarbeitern der Gesellschaft, die sich auf fünf Zechenanlagen verteilen, bestätigt. Der Grund sei in Abfahrschwierigkeiten im Ruhrbergbau zu suchen. „Zu dem schon heute sich auf 200 000 Tonnen belaufenden Kohlen-, Koks- und Bricketlagerbestand müssen täglich bis zu 4000 Tonnen aus Lager genommen werden. Dies stellt eine unerträgliche finanzielle Belastung der Gesellschaft dar. Daher ist die Entlassung leider nicht zu umgehen.“

Aus Polnisch-Oberschlesien.

Ueber die Lohnforderungen der Berg- und Hüttenarbeiter wird ein Schiedsgericht entscheiden, das in den nächsten Tagen zusammentreten und einen verbindlichen Schiedsspruch fällen soll. Die Industriellen erklären, daß eine Lohnerhöhung die Erhöhung der Eisens- und Kohlenpreise notwendig mache, was zur Schließung einer ganzen Reihe von Betrieben führen müsse. — Seit 1. August sind die Lebensmittel um 6 Proz. gestiegen. Die Zeitungen in Krakau behandeln in anfechtlichen Artikeln die Ernährungsschwierigkeiten in Polnisch-Oberschlesien und fordern die Regierung zum Einschreiten gegen den offensichtlichen Lebensmittelmangel auf, der sich dort breit mache. Es wird u. a. behauptet, daß die polnische Arbeiterbevölkerung Oberschlesiens sich lediglich von Suppentöpfeln und von Waffaroni-Produkten nähre.

In der Borislamer Naphthaindustrie kam es — wie aus Lemberg berichtet wird — zu einem Lohnabkommen, worin den Arbeitern Wohnungs- und Kleiderzulagen zugebilligt wurden. Der Streik ist damit beendet.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Heinz Salzenberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Glauer; Feuilleton: Dr. John Schilowski; Sokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: H. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Preis 3 Reichsmark.

Große Reklame-Woche!

für unsere Qualitäts-Margarine

Reichelt's Allerfeinste

gebuttert wie Naturbutter

Preis: ½ Pfund 50 Pf.

Wir verabfolgen von heute bis Donnerstag, den 2. Oktober

- auf ½ Pfund 1 Rippe Qualitäts-Schokolade
- auf 1 Pfund 2 Rippen Qualitäts-Schokolade
- auf 2 Pfund 4 Rippen Qualitäts-Schokolade
- auf 5 Pfund 10 Rippen Qualitäts-Schokolade

Reichelt

147 Geschäfte

in Groß-Berlin

Z. R. 3 heute über Berlin.

In 13 Stunden quer durch ganz Deutschland.

Dem Zeppelinkreuzer Z. R. 3, der heute früh über der Reichshauptstadt kreuzen wird, werden vom Reichspräsidenten und von der Reichsregierung Grüße und Glückwünsche auf demselben Wege übermittelt werden. Das Funkentelegramm wird lauten: „Willkommen über der Reichshauptstadt! Glückauf zur Fahrt in die Ferne! Fliege hinaus über die Meere als sieghafter Beweis ungebrochener deutschen Wagenmutes! Für uns ein ermutigendes Zeichen deutschen Ansehens! Trage hinaus in die Welt unsere Hoffnung auf Deutschlands Zukunft. Reichspräsident, die Reichsregierung!“

Der D-Zug war noch für unsere Eltern der Inbegriff alles Schnelllebens. Die einen, die es dazu hatten, rauchten und raften mit dem D-Zug vom Norden in den Süden ihrer Hochzeitseligkeit hinein, und die anderen, die nichts hatten, blieben zurück und sahen neidisch oder auch traurig den stolzen Zügen nach, die hochmütig an ihnen vorbeifuhren. Dann kamen die Autos, und nur die wenigsten ahnten bei ihrem Kommen, daß sie die D- und L-Züge übertrumpfen und entthronen würden. Und nun haben wir in den letzten Stunden, seit langem genügend vorbereitet und dennoch fassungslos vernommen, daß auch das Automobil überholt ist. Der Z. R. 3 hat dieses Kunststück fertiggebracht. Die Namen der berühmtesten deutschen Plätze, die man sonst als Stationen langer Reisen nennen hört, schwingen an unseren Ohren vorüber: Von Friedrichshafen früh um 9 Uhr ab, um 11 Uhr in Tübingen, um 12 Uhr in Heidelberg, 12,30 Uhr Frankfurt, 1,45 Uhr Kassel, 3,5 Uhr Hannover, 4 Uhr Bremen, 4,53 Uhr Hamburg, 6,05 Uhr Flensburg, 7,45 Uhr Lübeck und 9,15 Uhr über Rügen. Weiter nach Königsberg. Große Entfernungen schrumpfen lächerlich zusammen. In der Zeit, in der man etwa 70 Kilometer von Erfurt nach Potsdam in 2 Stunden fährt, ruft der Zeppelin von Kassel über Hannover nach Bremen. Es ist wie eine kleine Spaziersfahrt zwischen dem ersten und zweiten Frühstück. Hoffentlich und wahrscheinlich werden heute in der Frühe die Schrauben des stolzen Schiffes ihr lautes sieghaftes Brausen über Berlin erlösen lassen, ein Beweis dafür, daß es den Benutzern des Schiffes gelungen ist, die lange Nacht, die das Schiff geheimnisvoll verborgen hat, siegreich zu überstehen. Dann werden zu den lähnen Ingenieuren und ihren vielen treuen Mitarbeitern die begeisterten Grüße und Wünsche der Berliner emporkjubeln.

Neben Nord- und Ostsee.

Von Frankfurt a. M. über Hannover bis Hamburg.

Von Frankfurt am Main kommend, hat der Z. R. 3 Marburg an der Lahn um 1 Uhr 20 Min. in größerer Höhe überflogen. Bereits um 1 Uhr 45 Min. tauchte er in nächster Nähe der Stadt Kassel auf und blieb 15 Minuten über Kassel, Wilhelmshöhe und dem Fulda, wo er in sehr geringer Höhe glänzende Schleifen fuhr. Das Luftschiff fuhr mit einer außerordentlich bemerkenswerten Schnelligkeit, die schätzungsweise 120 bis 130 Kilometer betrug. Das Interesse der Bevölkerung war in Kassel überraschenderweise nicht allzu groß. Die Fahrt von Marburg nach Kassel ist eine der schnellsten, die wohl jemals ein Luftschiff zurückgelegt hat. Die Luftlinie zwischen den beiden genannten Städten beträgt fast 80 Kilometer, so daß also die Stundengeschwindigkeit des Luftschiffes auf dieser Strecke rund 170 bis 180 Kilometer betragen hat. Das dürfte ungefähr die größte Geschwindigkeit sein, die ein Luftschiff bisher zu erreichen vermochte. Die Leistung des Z. R. 3 wird auch dann nicht herabgeleitet, wenn man annehmen will, daß das Schiff auf diesem Wege günstigen Wind gehabt hat. Um 2 Uhr 10 Min. verließ Z. R. 3 dann die Stadt in der Richtung auf **Hannoversch-Münden**. Hier traf der Luftkreuzer nach einer Flugzeit von wenigen Minuten ein, lebhaft begrüßt von der Bevölkerung. Ueber dem Zusammenfluß von Werra und Fulda nahm Z. R. 3 dann, während die Werdampfer die Dampfschiffe erlösen ließen, seinen Kurs weierwärts nach

Norden. Ueber Hildesheim nahm das Luftschiff sodann Kurs auf Hannover. Schon um 1 Uhr nachmittags an sammelten sich auf den Dächern, Straßen und Plätzen der Stadt Tausende von Schaulustigen, die fortwährend Zuzug erhielten, da viele Betriebe vorzeitig ihre Pforten schlossen. Um 3 Uhr 5 Min. erschien das Schiff am Horizont, um mit geradezu auffällender Beschwindigkeit der Stadt selbst zuzustreben. Nach einer Schleisefahrt über dem Stadtkern, bei der der Luftkreuzer von den Menschenmassen begrüßt wurde, flog Z. R. 3 in nordwestlicher Richtung mit Kurs auf Bremen weiter.

Obwohl nach den ursprünglichen Dispositionen wegen der verspäteten Abfahrt von Friedrichshafen der Zeppelinkreuzer nicht nach Bremen, sondern von Hannover direkt nach Hamburg fliegen sollte, gestattete die außerordentliche Geschwindigkeit, die der Z. R. 3 in den Nachmittagsstunden entwickelte, schließlich doch noch einen Abstecher nach Bremen. Nach einer Flugzeit von etwa 1/2 Stunden traf das Luftschiff, von Hannover kommend, um 4 Uhr nachmittags in Bremen ein, wo es von der über sein Erscheinen überraschten Bevölkerung aufs lebhafteste begrüßt wurde. Nach einigen Schleisefahrten nahm das Luftschiff nordöstlichen Kurs auf Hamburg. In Hamburg hatten sich bereits in den frühen Nachmittagsstunden auf den Straßen und Plätzen, sowie in der Säulenhalle des Michaeliskirchturms zahlreiche Schaulustige eingefunden. Um 4 Uhr 55 Min. wurde der Zeppelinkreuzer in südlicher Richtung gesteuert. Sofort stieg auf dem Flugplatz Fuhlsbüttel ein bereitstehendes Geschwader von neun Flugzeugen auf, das dem Luftschiff entgegenflog, es bald erreichte und es auf seinem Flug über Hamburg begleitete. Der großartige Anblick, den das majestätisch in etwa 400 Meter Höhe dahinziehende Schiff mit den neun Begleitflugzeugen bot, rief die Zehntausende von Zuschauern zu immer neuen Jubelausbrüchen hin. Ueber dem Alsterdamm wandte der Kreuzer, flog eine Schleife über der Michaeliskirche, stattete dem Flugzeughafen Fuhlsbüttel einen kurzen Besuch ab und verließ dann Hamburg, von den Tüchern und den Tüchern der Bevölkerung begleitet, in nördlicher Richtung mit Kurs auf Flensburg, der Geburtsstadt des Führers der Zeppelin-Luftschiffe, Dr. Eckener. Z. R. 3 erreichte Flensburg in der Dämmerung, um 6 Uhr 5 Min., von den auf den Straßen und Plätzen harrenden Menschenmassen stürmisch begrüßt. Ueber seinem Geburtsort flog Dr. Eckener mit dem Kreuzer eine Schleife und kreuzte dann einige Minuten lang über Stadt und Hafen. Um 6 Uhr 15 Min. flog Z. R. 3 in südöstlicher Richtung mit Kurs auf Kiel davon.

Die Fahrt Kiel-Rügen-Königsberg.

Ueber Flensburg kündigte der Kommandant Dr. Eckener durch Funkpruch an die Marinestation Bülz an der Reier Bucht das Eintreffen des Zeppelinkreuzers über Kiel für die siebente Abendstunde an. Trotzdem die Dunkelheit bereits eingebrochen war, wurde das Luftschiff von der Bevölkerung der Hafenstadt mit großer Spannung erwartet. Um 7 Uhr 5 Min. ertönte von Nordwesten her das charakteristische Surren der Propeller-Rotoren. Am Abendhimmel erschienen scharf erkennbar die Umrisse des Riesenschiffes, beleuchtet von Positionslaternen und mit deutlich erkennbaren Lichtern in Führergondel und Kabine. Die im Hafen liegenden Kriegsschiffe der Marine richteten sofort die großen Scheinwerfer auf das Luftschiff, dessen silberfarbener Körper nun in hellem Scheinwerferlicht erglänzte. Nach einigen Schleisefahrten über Stadt, Hafen und Fährde flog der Z. R. 3 auf die Ostsee hinaus, über der er bald im unüberdringlichen Dunkel aufschwam. Er nahm vorläufig Kurs nach Osten. Um 7 Uhr 45 Min. erschien das Luftschiff über der Stadt Lübeck. Man sah in der Dunkelheit nur die erleuchteten Fenster der Gondel und die hell erleuchteten Maschinen Gondeln. Auf dem Marktplatz der Stadt, wo sich eine große Menschenmenge angesammelt hatte, war ein Scheinwerfer aufgestellt, der den Luftkreuzer eine Zeitlang bestrahlte.

Um 7 Uhr 30 Minuten trat der Kreuzer mit den Küstenstationen in Verbindung, um die notwendigen Funkpeilungen vorzunehmen zu können. Er stand mit den Stationen Warnemünde-

Friedrichsort und Stralsund dauernd in Führung. Alle drei Stationen hörten das Schiff deutlich, allerdings zum Teil in größerer Entfernung über See. Um 8 Uhr 30 Min. traf in Berlin folgender Funkpruch des Z. R. 3 (U. Z. 12) ein: „Sind auf Höhe von Warnemünde. Wetter zufriedenstellend. Im Bord alles in Ordnung. Nehmen Kurs entlang der pommerschen Küste auf Königsberg.“ Um 9 Uhr 15 Min. abends wurde von der Marine-Station Stralsund gemeldet, daß dort das Funken des Zeppelinkreuzers so deutlich vernehmbar sei, daß daraus geschlossen werden könne, das Luftschiff habe ungefähr die Höhe von Stralsund erreicht, sei also ganz nahe der Insel Rügen.

Zum Thema Höflichkeit.

„Mann ist Mann“ denkt der Normaldeutsche, namentlich wenn er in den hoffnungsvollen Jahren von 15 bis 25 steht. Er kennt offenbar nicht den Unterschied zwischen seinen Beinen und denen eines Sechzigjährigen und hält die Gymnastik der älteren Gehorgane beim Stehen in überfüllten Straßenbahn- oder Stadtbahnwagen für äußerst wohlthätig. Die Hauptsache für ihn ist, daß er seinen Sitzplatz behält. Anders das junge Mädchen. Ein gewisser mütterlicher Instinkt ist ihm von der Natur schon im frühen Kindesalter gegeben, und mit dem Heranwachsen zur Jungfrau hat er sich in gesteigerter Weise entwickelt. Wenn von uns Älteren wäre es nicht schon begünstigt, daß junge Mädchen und junge Damen dem eintretenden älteren Fahrgast ihren Platz angeboten haben! Der betreffende so Beglückte wird nun vor eine Frage gestellt, die wohl unser Interesse fordern kann. Soll er, der sicher oft müde genug ist, das Anerbieten annehmen oder es aus der angeborenen Galanterie gegen das weibliche Geschlecht ablehnen? Ein Gewissenskonflikt, der nicht nach Schema F entschieden werden kann. Denn es annehmen heißt, sich von selbst in die Reihe der schonungsbedürftigen Greise stellen, es ablehnen aber sich der oft ersehnten Befriedigung des Ruhebedürfnisses berauben. Im allgemeinen wird, auch bei dem alten Mann im Arbeitsrock, die Galanterie siegen, zumal wenn die Annahme des Angebotes das weibliche Wesen in eines jener Gedränge stoßen würde, das unsere Verkehrsmittel zu bestimmten Zeiten auszeichnet. Um so mehr, als das Gedränge dem Mann, falls er noch über gesunde Abwehrorgane verfügt, weiser keinen Schaden macht, ihn zwar einpreßt, aber ihn gerade durch diese Pressung einen festen Halt gibt — gegen Umfallen ist man geschützt. Junge Mädchen einem solchen Gedränge auszuweichen, wäre wenig ritterlich. Ist der Wogen aber nur mäßig gefüllt, so daß das Stehen für junge Damen weiter keine Gefahren mit sich bringt, so wird man am besten diplomatisch verfahren, indem man sich erkundigt, ob das „gnädige Fräulein“ (welche Anrede der Backisch mit einem holden Erötzen quitiert) noch eine weise Strecke zu fahren habe. Ist das nicht der Fall und das eigene Endziel recht entfernt, so nehme man bei Ruhebedürfnis das gebotene Opfer mit freudlichem Dank an. Jedenfalls bietet Annehmen oder Ablehnung dem, der Menschenstudien machen will, willkommenen und bequemen Anlaß zur Einfädelung eines Gespräches, das die Langeweile der weiteren Fahrt zu mildern geeignet ist. Man kann in solchen Plauderminuten so manchen Einblick in die weibliche Psyche tun, zumal wenn es sich um jene lustigen, stets ein Scherzwort auf den Lippen tragenden jungen Mädchen handelt, die man als typische Berliner Mädels bezeichnen kann.

Die Groß-Berliner Lehrerschaft für Paulsen.

Die Vertreterversammlung des Lehrerverbandes Berlin, die gestern im Berliner Lehrervereinshaus tagte, lasste eine Entschließung, in der sie aufs lebhafteste verurteilt, daß die Berliner Stadtverordnetenversammlung die Abbauordnung zum Anlaß genommen hat, den Stadtschulrat Paulsen zu beseitigen, obwohl eine sachliche Begründung nicht gegeben wurde. Gerade weil der Lehrerverband Berlin bei der Wahl des Stadtschulrats für eine mit den Berliner Schulverhältnissen vertrauten Fachmann eingetreten ist, betrachtet er es als seine Pflicht, anzuerkennen, daß es der unermüdbaren, von Liebe und Verständnis für Erziehung und Unterricht getragenen Arbeit des Stadtschulrats gelungen ist, die Volksschule in der Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes vor den schwersten Gefahren zu schützen. Er empfindet die Art der Behandlung

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexö.

Sein unerträglicher Durst hatte ihn veranlaßt, seinen ursprünglichen Entschluß, auf dem Weg zur Kirche nicht bei Mads Sivertsen vorzusprechen, ein klein wenig zu ändern. Wohingegen sein anderer Entschluß, für die erlangte Krone die Beste einzulösen, immer noch unerschütterlich feststand. Er wußte recht gut, daß er gar nichts zu hoffen hatte, da die Kneipen während der Kirchzeit nicht geöffnet sein durften. Allerdings gab es einige Wirte, die trotzdem offen hielten, ohne daß ihnen etwas geschah, aber das waren Kinder der Kirche. Mads dagegen war immer ein ungläubiger Leugner gewesen und wagte darum nicht, dem Verbot zu trotzen, weil er einmal eine gehörige Buße hatte zahlen müssen.

Da konnte man also sehen, daß Gott seiner nicht spotten ließ.

Schneider Frank war nicht wenig entzückt davon, so unerwartet am Ziel zu stehen. Er grüßte zierlich und betrachtete die vielen Flaschen mit zärtlichem Blick.

„Man kann wohl keinen Kräger kriegen? Ich bin ganz nüchtern.“

„Wir verkaufen während der Kirchzeit nichts,“ erwiderte Mads kurz.

„Verkaufen! Nein, aber du könntest mir ja einen schenken.“ schlug Meister Frank vor, sehr zufrieden mit seiner Advokatenpiffigkeit.

„Schenken! Häl! Also da willst du hinaus! Pfeiffst aus dem Loch? Meinst du vielleicht, es sei verboten, Alkohol zu verkaufen, damit man ihn fortischen soll? Willst du Sozialdemokrat spielen, was?“

Frank sah ein, daß er so nicht weiter kam. Das mit der Kirchzeit wäre sonst ein recht guter Vorwand gewesen, nicht zu bezahlen.

Er nahm die Krone hervor, klebte sie in das eine Auge und tat so, als starrte er Mads durch sie hindurch an.

Mads Sivertsens Gesichtsausdruck veränderte sich sofort. Wohlwollend streckte er die eine Tasse aus, und Frank legte treuherrlich die Krone hinein.

„Also du fängst an, Schulden zu bezahlen!“ sagte Mads und schob die Krone in seine Westentasche hinab. „Dann steht die Welt nicht mehr lange. Ja, ja, etwas ist besser als nichts. Fahr zu, Frau!“

Und der Wagen setzte sich in Bewegung.

Wie gelähmt starrte Schneider Frank dem wegrollenden Fuhrwerk nach. Ihm war, als hätte sich die Krone selber auf die Kante gehoben und rolle fort, während sie dicker und dicker wurde, bis sie eine ganze Tonne mit Spund und Zapfen war.

„Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen,“ murmelte er immig-betrübt, senkte seine Schritte zur Kirche und setzte sich drinnen ganz nah an die Tür.

Aber in seinem Kopf war die Hölle los, der Kirchengesang wurde zu einem Summen und Brummen wie von tausend Insekten über einem warmen Misthaufen, und die Worte des Pfarrers stießen auf dem Hinweg an seine Stirn, wurden von den Wänden zurückgeworfen und trafen ihn in den Nacken, so daß es wehtat.

Da schlich er wieder hinaus und schlenderte zum Hafen hinunter, in irgendeiner versteckten Hoffnung, daß die Rettung winke.

Sein Gang war unsicher, so daß die Leute glaubten, er sei berauscht. Von Zeit zu Zeit machte er eine abwehrende Bewegung mit der Hand, als bahne er sich den Weg durch etwas hindurch.

Auf der großen, breiten Steintreppe, die sich weit in die Straße vorschob, stand der Brauer und Ackerbauer Dam und rauchte seine Nachmittagspfeife.

Es durchstach Frank, als er ihn sah. Da, da stand er, der Zerstörer, seines Lebens Zerstörer! Der Haß von vorhin reproduzierte sich in ihm, er fühlte sich noch in derselben Situation, mit der Schere in der Hand — nur daß er sie jetzt auf die Kehle des Brauers pflanzte, statt auf seine Frau.

Zum zweitemal empfand er die ägende Wirkung des Hoffens in seinem schlaffen Blut. Er reckte sich auf in einem unbekanntem Bewußtsein, Mensch zu sein — Mann; und ihm war, als schlug er zu, mit geballten Fäusten, hart.

Doch es verfladerte, schwand, wie eine flüchtige Vision dessen, was er nicht war, und sollte nie wiederkehren.

Einen Augenblick empfand er die Einbuße, aber dann verschwand auch dies Gefühl. Und der Anblick des Brauers verursachte ihm Herzklopfen und erfüllte ihn mit Hoffnung, einer schwindelnden, ängstlichen Hoffnung auf einen Ausweg, um zu einem Schnaps zu gelangen.

Er strich seinen Hut schon in großer Entfernung herunter, behielt ihn in der Hand und näherte sich Dam.

„Wie geht es, Meister?“

„Danke, nicht zum allerbesten, wenn die Frau krank liegt.“

„Was, ist Ihre Frau krank? Ich dachte, ihr könnte nie etwas fehlen. — Sie erwartet doch wohl nichts Kleines?“

Schneider Frank lächelte.

„Ja, Sie haben gut reden, Herr Dam. Und doch ist's schwer, wenn die Gehilfin krank liegt. Man möcht' ihr gern Erleichterung schaffen, aber die Gelder reichen ja nicht für alles. Etwas Stärkendes tät' ihr wohl not.“

„Ja, sie muh sich recht plagen. Aber wo Sie so ein tüchtiger Schneider sind, warum verlegen Sie sich nicht mehr aufs Handwerk und schonen die Frau?“

„Man tut, was man kann, Herr Dam; aber der Rücken ist nicht kräftig — und dann die Konkurrenz!“

„Ach was, die ist nicht schlimm hier in der Stadt — wenn man keine Sache nicht vernachlässigt. Aber ich will Ihnen gern helfen; ich habe einen Anzug, der gewendet werden soll. Sie können morgen Ihren Rücken schiden und ihn holen lassen.“

Schneider Frank sah ein, daß es aussichtslos war, auf diese Weise etwas zu erreichen, und fuhr gröberes Geschwätz auf.

„Ach ja, der Junge — Gott helf uns mit ihm! Ruhen tut er keinen, so wahr Gott lebt, und er bleibt hungrig, so viel man auch in ihn hineinschüttet. Es kostet eine ganze Menge, Kinder großzuziehen, Herr Dam, und was hat man davon? Undank, nichts als Undank.“

Brauer Dam runzelte die Stirn. Es war also geradeheraus Schneider Franks Absicht, die Angelegenheit mit dem Jungen dazu zu benutzen, ihn zu pressen.

Die Angelegenheit selbst war natürlich längst ein für allemal durch eine größere Summe aus der Welt geschafft; mit Hilfe dieses Geldes hatte Schneider Frank sich seinerzeit ja so flott etablieren können. Später hatte ihm Brauer Dam hin und wieder eine oder zwei Kronen als Taschengeld zugestekt, weil Dam Mitleid mit ihm hatte und vielleicht auch so etwas wie ein schlechtes Gewissen ihm gegenteilig empfand. Aber dies war das erstmal, wo Frank geradezu Geld aus seiner Zämmerlichkeit herauszuschlagen wollte.

„Bibi! Der Brauer spudte weit auf den Weg und betrachtete Frank mit boshaftem Blick.“

„Es ist sonderbar, daß der Junge so ein unmöglicher Tropf geworden ist; er hat ja doch ein gutes Vorbild, dem er nacharten könnte,“ sagte er mit einem zweideutigen Blick auf Frank. „Aber ob nicht die Erziehung etwas schuld daran sein sollte? Man hat's ja schon öfter erlebt, daß ein Vater sein Kind so lieb hatte, daß er es verküßelte. Und Sie sind gewiß ein großer Kinderfreund, Meister.“

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Die Wirtschaftlichkeit des elektrischen Zugverkehrs.

In keinem Lande der Welt spielt die Wirtschaftlichkeit industrieller und verkehrstechnischer Betriebe eine so große Rolle wie in dem verarmten Deutschland. Wir haben gelernt, daß keine Ersparnisse am Ende große Summen ergeben. Die Beratungen auf der Eisenbahntechnischen Tagung in Berlin zeigen besonders eindringlich diesen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Technik, bei dem keine Verbesserungen oft große wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen.

Der vierte Tag dieser Beratungen brachte eine Anzahl von Referaten, die sich mit der technischen Ausgestaltung und dem wirtschaftlichen Nutzen des elektrischen Eisenbahnwesens befaßten. Geheimrat Regierungsrat Reichel-Berlin sprach über die Gestaltung der elektrischen Lokomotiven, Sektionschef Dittes behandelte die Elektrifizierung der österreichischen Bundesbahnen, L. Thormann-Berlin die Elektrifizierung der Schweizer Bundesbahnen. Ministerialrat Wehmann sprach über den Betrieb auf elektrischen Hauptbahnen, A. Desperholm-Stockholm berichtete über die Einrichtung für Bahnfernmedienleitungen längs der Wechselstrombahnen und Baurat Pforr-Berlin sprach über die Ausfichten des elektrischen Betriebes auf Eisenbahnen.

Bei der Einrichtung elektrischer Zugförderung auf Hauptbahnen handelt es sich meist um die Umwandlung des bestehenden Dampfbetriebes in den elektrischen Betrieb. Das ist natürlich schwieriger als die Elektrifizierung einer neuen Strecke. Eine solche Umwandlung kann nur dann durchgeführt werden, wenn die Anlagelosten durch Ersparnisse aus dem elektrischen Betrieb angemessen verzinst werden. Diese Ermittlungen haben z. B. für die Umstellung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn in elektrischen Betrieb folgende Ersparnisse ergeben: Bei dem alten Dampfbetrieb stellen sich die Betriebskosten für je 1000 Pflanzkilometer auf 3,128 M. Beim elektrischen Betrieb jedoch schon bei nur 30 Zügen in der Stunde auf der Stadtbahn auf nur 1,848 M.

Wir haben bereits früher über die mangelhafte Brennstoffausnutzung in unseren Lokomotiven berichtet. Es war dabei auf den hohen wärmetechnischen Wirkungsgrad der Diesellokomotive besonders hingewiesen worden, deren Verbrauch etwa nur ein Viertel der Dampflokomotive beträgt. Leider ist das Dieselloil in Deutschland etwa zehnmal so teuer wie Braunkohle und in diesem großen Preisunterschied der beiden Brennstoffarten liegt das Geheimnis der Konkurrenzfähigkeit der Dampflokomotive. Sehr günstig wird die Braunkohle in den Kraftwerken ausgenutzt, die die elektrifizierten Strecken mit Strom versorgen. Ortsfeste Maschinen haben bekanntlich einen viel besseren Wirkungsgrad als die Loko-

motiven. In einem Braunkohlekraftwerk kann die Kraft viermal so billig erzeugt werden als in der Lokomotive. Ein Nachteil bei der Elektrifizierung sind die hohen Beschaffungskosten der elektrischen Ausrüstung. Es sind Kraftwerke, Fernleitungen, Umformerwerke und Fahrleitungen nötig, bevor der elektrische Zug fahren kann, und die Verzinsung und Unterhaltung dieser Anlagen wiegen die Ersparnisse an Brennstoff auf, wenn es nicht gelingt, diese Kosten auf eine größere Anzahl gleichzeitig verkehrender Lokomotiven zu verteilen. Nach den Berechnungen von Baurat Pforr müssen auf jedes Kilometer Eisenbahnstrecke mindestens 250 000 Kilowattstunden verbraucht werden, wenn die betrefsende Strecke für elektrische Zugförderung geeignet sein soll. Es gibt in Deutschland eine ganze Menge solcher Strecken, und wenn uns in der nächsten Zukunft die Möglichkeit bietet, die Mittel für die Elektrifizierung auszubringen, so könnten damit wesentliche wirtschaftliche Vorteile erzielt werden. Der Hauptnachteil der elektrischen Zugförderung liegt darin, daß irgendein technisches Verlangen ganze Linien mit einem Schlage stilllegen könnte. Die Frage, welche Betriebsart jeweils die beste ist, hängt von den jeweiligen Anforderungen und der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Strecken ab. Sie kann immer nur von Fall zu Fall entschieden werden.

Aufwertungsspekulanten in Not. Wie wir gestern bereits berichtet haben, brachte die Berliner Wörte scharfe Kurzurgänge in Kriegsanleihen und anderen Rentenwerten, nachdem sich Reichsfinanzminister Dr. Luther endlich entschlossen hat, eine allgemeine Aufwertung mit aller Bestimmtheit abzulehnen und eine Hilfeleistung nur für die sozial schwer geschädigten wirklich hilfsbedürftigen Rentner in Aussicht zu stellen. Kriegsanleihe ging im Einheitskurs bis auf 780 zurück, nachdem sie vorgestern noch 1130 notiert hatte und war von der Abendbörse sogar mit 800 angeboten. Wenn sich dabei leichtfertige Spekulanten das Genick gebrochen haben sollten, so kann das nichts schaden. Hoffentlich erfolgt jetzt endlich eine Reinigung des Rentenmarktes von jenen Hyänen, die sich auf Kosten des Reiches und unter Verurteilung auf die Sparer „gesund“ machen wollten.

Günstiger Stand der Steuereingänge. Die Geldebewegung bei der Reichshauptkasse gestaltete sich in der zweiten Dekade des Monats September besonders günstig, da in diese Zeit eine Reihe von Steuerzahlungsterminen fiel. Infolgedessen standen Einnahmen von 230,4 Millionen Goldmark Ausgaben in Höhe von 160,5 Mill. Goldmark gegenüber, so daß der Ueberschuß fast 70 Mill. Goldmark betrug. An Leistungen auf Reparationskonto werden 22,1 Millionen Goldmark nachgewiesen. Die Rentenmarktschuld hat sich durch Ausgabe von neuen Wechseln im Betrage von 3,5 auf 100 Millionen Goldmark erhöht. Im Monat August betrugen die Einnahmen an Steuern und Zöllen rund 592 Millionen Goldmark, wovon 109,2 Millionen Goldmark von den Oberfinanz- und Finanzklassen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse verwandt wurden.

Ein wertvolles Eingeständnis. Auf der diesjährigen Tagung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft behandelte Dr. Ruhn-Stein organisatorische Grundfragen der deutschen Viehwirtschaft. Er wies auf die ungünstigen Rentabilitätsverhältnisse hin und betonte, daß ein Aufbau der Viehwirtschaft auf Qualität und Leistung mit weitgehender staatlicher Unterstützung auch von höchster volkswirtschaftlicher und allgemein politischer Bedeutung insofern ist, als mangelnder Konsum in tierischen Erzeugnissen gleichbedeutend ist mit Senkung des geistigen und allgem. Kulturstandes. — Offenbar wollen die Reichslandwirte die Hebung des deutschen Kulturstandes nicht. Sonst würden sie nicht mit einer Vertiefung der Viehzucht durch Futtermittelzölle und mit der Verteuerung des Fleisches durch Fleischzölle den Fleischverbrauch der breiten Massen künstlich herabzudrücken suchen. Das Eingeständnis des Herrn Dr. Ruhn, daß die beste Widerlegung der agrarischen Forderungen ist, bestätigt, wie berechtigt der Kampf der Sozialdemokratie gegen die Schutzzölle ist.

Die dänische Landwirtschaft gegen Hochschulzoll. In einem Vortrag, den der Handelsattaché an der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen, Konrad Dr. Krüger, über Dänemarks und Deutschlands wirtschaftliche Beziehungen hielt, brachte der Vortragende zum Ausdruck, daß auch in Dänemark Bestrebungen im Gange sind, die bei der Frage der zukünftigen Handelspolitik verstärkten Zollschutz verfolgen. Diese Leute begründen die Forderung nach Erhöhung der Zölle in der Hauptsache mit der Notwendigkeit, die geschwächte dänische Währung zu verbessern. Im wesentlichen sind es Kreise der dänischen Industrie, und in Verbindung damit diejenigen Gruppen des dänischen Volkes, die gegen die Einfuhr fremder Waren Propaganda machen und in der Hauptsache den Konsum dänischer Erzeugnisse propagieren. Da aber die dänische Industrie gegenüber der Landwirtschaft sich in der Minderheit befindet, und diese einen großen Teil ihrer Erzeugnisse im Auslande, besonders in England absetzt, hat sie naturgemäß kein Interesse an einer Verstärkung des Zollschutzes. Sie ist der Meinung, daß durch höhere Zölle die Währung nicht gestützt werden könne. Sie verlangt eine Billigung der Produktion und einen geringeren Verbrauch. Dies unseren Herren Agrariern zur wohlwollenden Beachtung.

Ungünstige Baumwollenernte in den Vereinigten Staaten. Das Washingtoner Ackerbauamt gibt nach einer New Yorker Kabelmeldung des „Konfessionär“ in seinem Schätzungsbericht vom 23. September den Durchschnittsstand der Baumwollenernte mit 55,4 Proz. gegenüber 59,3 Proz. am 1. September und 64,9 Proz. am 15. August an. Der voraussichtliche Ertrag wird nach dieser neuesten Schätzung 12 596 000 Ballen gegenüber 12 787 000 Ballen am 1. September betragen.

Wetter für Berlin und Umgegend. Stimmig trübe, kühl und regnerisch bei schwacher Ostbewegung.

Rahma

MARGARINE
buttergleich



Die beste Sparhilfe im Haushalt

In jeder Verwendungsart wie beste Butter.

Immer frisch. Überall erhältlich.
Preis pro 1/2 Pfund nur 50 Pfg.

Man verlange beim Einkauf von „Rahma — buttergleich“ gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco“.

Warnung!

Infolge der dauernd steigenden Nachfrage nach der seit vielen Jahrzehnten bei allen Qualitätsrauchern beliebten

echten

Königin von Saba-

Zigarette sind wieder minderwertige Falsifikate im Umlauf. — Wir warnen vor Anfertigung und Verbreitung solcher minderwertigen Nachahmungen. Herstellung und Vertrieb solcher Falsifikate werden von uns unnachsichtlich strafrechtlich verfolgt.

GARBÁTY



Erstklassige Zahlungsbedingungen
3 Monate
Herren-Steidung
aus nachweislich
besten Materialien
Größe Maßstab in Stoffen
Sulius Sabian
Größe Reichhaltigkeit
nur 12.000

Besonders
wirksam sind
die KLEINEN
ANZEIGEN in
der Gesamtauflage des
„Vorwärts“
und trotzdem
billig!



Achtung!
5 Aluminiumtöpfe
nur Mk. 8.50
(franko zollfrei Haus)
Inhalt 1, 2, 3, 4 Liter
Fabrikant Rud. Seithe
Kollhaus 4, Pflanzberg Nr. 139
3000 qm. Betriebsfläche
Pflanzberg 8333 Magdeburg
Tel. 842211 u. 842212

Dezimalwagen



Tafelwag., Gewichte,
Säugl. Preis. Undo Lager
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
im Lohndamm
Keine Schaufenster-
Reklame, dafür wesentl. billigere Preise

Parzellen

in Motzenmühle von
100 — an. Kiehler,
Berlin, Arndtstr. 44



Croco Vollerde 4.50
Rindled.-Saffian 9.00
Auto-Rindlack 12.00
Aktentasche Rad. 4.50
Reiser. Koff. 30 cm 15.00
Vulka-, Schenk-, Lederkoffer
auch einz. zu haben.
Richte Geschäfte ein
Schiller, Lederwaren-
Fabrikate Engros
Egnort Ritterstr. 88.



Das prachtvollste Schneeweiß zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.

SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel

als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche. — OHNE CHLOR —

Total-Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe!

**Mehr als 100 000 Paar Schuhe und Stiefel
werden zu gewaltig herabgesetzten Preisen ausverkauft!**

Der Total-Ausverkauf hat gestern begonnen und war der Andrang so, daß viele umkehren mußten.
Es ist Eile geboten!
denn täglich werden solche Mengen verkauft, daß auch diese Riesenläger in ganz kurzer Zeit geräumt sein werden.

Bernada Schuh-Gesellschaft

Verkaufsstellen:
Alexanderstraße 39-40
gegenüber dem Polizeipräsidium
Moabit: Turmstraße 31
Norden: Müllerstraße 143a
Ecke Ostender Straße
Neukölln: Berliner Str. 50
Ecke Neckerstraße
Süden: Kottbuser Damm 9
Friedenau: Rheinstraße 35

Von Freitag, den 26. September, bis Donnerstag, den 2. Oktober

6 billige Ultimo-Tage

In sämtlichen Abteilungen unseres Hauses werden wir mit außergewöhnlichen Angeboten hervortreten

Angebot in Kleiderstoffen

Blusenstreifen entzückende Muster in großer Auswahl Mtr.	1.20
Velours-Barchent gute Qualität u. Muster Mtr.	1.45
Schotten für Kleider u. Blusen in mod. Stellungen . . . Mtr.	1.65
Moderne Streifen doppelbreit für Röcke u. Kleider Mtr.	2.50
Crêpe-Marocain reine Wolle, groß. Farbensortiment Mtr.	4.50
Serge doppelbreit, reine Wolle, in vielen Farben Mtr.	4.50

Angebot in Bettwäsche

Bettbezug weiß, aus gutem Wäschestoff, volle Breite u. Länge	4.95
Kissen dazu passend Stück	1.50
Bettbezug weiß, aus gutem Linon	5.75
Kissen dazu passend Stück	1.75
Bettlaken volle Größe, ohne Naht, kräftige Ware	2.95
Bettlaken aus prima mittelstarkem Linon	3.25

Angebot in Damen-Wäsche

Untertaillen gute Qualität, Trägerform	95 Pf.
Damen-Hemden aus festem Hemdentuch mit Stickerel	1.95
Damen-Hemden mit reicher Stickerel	2.95
Damen-Beinkleider offen u. geschlossen, m. Stickerel	2.45
Prinzeß-Röcke reich mit Stickerel garniert	3.95
Hemdosen in verschiedenen Ausführungen	4.95

Angebot in Schuhwaren

Warme Hausschuhe aus karierten, dicken Stößen, mit Leder- sohle Größe 36-42	3.95
Damen-Leder-Hausschuhe braun, m. weiß. Fries-Fußl., f. Dam. u. Schleichschalle u. 2 Spang., 1. u. 2. Ausf. 18.50	5.90
Lock-Spang.-Schuhe u. 2 Spang., 1. u. 2. Ausf. 18.50	6.90
Herren-Stiefel Rindbox, in all. Größ. 14.50	9.75

Angebot in Konfektion

Backfisch-Mäntel in viel. Farben, 16.50	13.50
Backfisch-Mäntel Ulsterformen, in allen Größen	16.50
Damen-Mäntel aus Flansch-Tuch u. Eskimo- Stoffen	23.50
Backfisch-Kleider mit Tressen-Garnie- rung	7.90
Backfisch-Kleider aus Kammgarn und Cheviotstoffen, 19.75	17.50
Trikot-Kleider in hellen Farben	13.50
Blusen schöne Streifen, in allen Größen, 5.75	3.75
Jumper aus Seidentrikot, reizende Ausfüh- rungen	8.90
Röcke in viel. Streifenzusammenstellung, 6.90	3.95
Röcke für starke Damen, uni u. gemust., 14.50	8.90
Unterröcke aus solidem Halbtuch und Satin- stoffen	5.90
Morgenröcke in vielen Farben und Größen gute Qualität	12.50
Kinder-Kleider Cheviot, in allen Größen + Größe 1 M. Größe 60	9.75
Kinder-Mäntel aus Flanschstoffen + Größe 50 Pl. Größe 50	5.75

Angebot in Trikotagen

Sportwesten für Damen und Herren, reine Wolle	9.50
Damen-Unterhemden mit schmalen Achseln	95 Pf.
Damen-Hemdosen weiß Make	2.25
Normal-Herren-Hemden und Beinkleider 	2.95
Makohemden doppelte Brust	1.95
Männer-Barchenthemden gute Qualität	2.95

Angebot in Strümpfen

Damen-Strümpfe engl. lang, ohne Naht	45 Pf.
Damen-Strümpfe engl. lang, Doppelsohle, Hochferse Paar	95 Pf.
Damen-Strümpfe klarer Seidenfaser, schwarz u. farbig Paar	1.95
Herren-Socken Baumwolle, grau und farbig	45 Pf.
Herren-Schweißsocken wollgemischt	95 Pf.
Gestrickte Herren-Socken reine Wolle, Kamel- haar	1.85

Angebot in Herren-Artikeln

Farbige Oberhemden mit 2 Kragen, Zephir	5.95
Herren-Filzhüte moderne Formen und Farben	4.95
Strickbinder moderne Streifen	38 Pf.
Sport-Serviteurs farbig	85 Pf.
Herren-Gummi-Hosenträger	50 Pf.
Oberhemden-Ersatz mit Kragen, farbig	1.95

Angebot in Damen-Putz

Filzhüte in verschiedenen Formen und Farben	4.95
Kunstplüsch-Formen	5.95
Silkinahüte garniert, in vielen Farben	6.95
Kunstplüschhut mit Handgarnitur	7.95
Velourshüte gute Qualität, garniert und mit Seidenfutter	19.50

Wilhelm Stein

Chausseestr. 70-71 ■ BERLIN N ■ Chausseestr. 70-71

Geschäftszeit von 9-1/2 u. von 3-7 Uhr

Mittags von 1/2 bis 3 Uhr geschlossen

Man frage das Volk!

Genosse Heilmann über die Gefahren der Brotzölle.

In seiner gestrigen Landtagsrede führte Abg. Heilmann (Soz.) aus:

Auf die Gegenüberstellung, Preise 85 Proz. des Friedenspreises, Produktionskosten 115 Proz. der Friedensproduktionskosten gestützt, wurde das stürmische Verlangen nach Zöllen. Und nach Zöllen riefen damals, als wir den Etat der Landwirtschaft im Hauptauschuss berieten, alle Parteien dieses Hauses mit Ausnahme der Sozialdemokratie und der Kommunisten. Ich darf Sie vielleicht einmal bitten, heute nachzuschlagen, was ich damals am 11. Juli 1924 im Hauptauschuss gesagt habe, um Sie vor dieser überstürzten Zollpolitik zu warnen. Damals haben mich alle landwirtschaftlichen Sachverständigen einen groben Bösen und einen vollständigen Ignoranten gelächelt. (Hört, hört! links.) Aber die Sachverständigen haben unrecht gehabt, und der Böse hat recht behalten, denn heute nach drei Monaten haben wir nicht normale Preise für Agrarprodukte, sondern Preise, die wesentlich über die Friedenspreise hinausgehen. Wir werden auch heute wieder genau so wie im Juli sehr ernst von der Rot der Landwirtschaft zu sprechen haben. Aber diese Rot ist heute wesentlich anders geworden, als sie damals war. Fort bestehen die Steuernot und die Kreditnot, aber an die Stelle der Preisnot ist die Ernutenot, das schlechte Erntewetter, der Misserfolg der Ernte getreten. Die Sozialdemokratie ist nie landwirtschaftsfeindlich gewesen (Na, na und Oh! bei der Dnat. Sp.), so sehr ihr das auch unfreundliche Beurteiler aus eigennütigen Wahlinteressen nachgesagt haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn jetzt die Landwirtschaft Deutschlands wenigstens auf den schmerzlichen Böden von einer Missernte betroffen ist, so ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, daß der Landwirtschaft jede nur denkbare allgemeine Hilfe zuteil werden muß, daß der Ernteeausfall leichter trogbar gemacht werden muß, nicht bloß durch Steuerlinderung und Steuererlaß, sondern auch durch Bereitstellung ausreichender Staatsmittel für die Beschaffung von Saatgut für das nächste Jahr. Wir verlangen der Landwirtschaft genau so wenig wie irgendjemand anderen produktiven Stunde das, worauf sie Anspruch hat, daß in Unglücksfällen für den einzelnen Betroffenen die Solidarität der Volksgenossen eintritt. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Wir würden nur wünschen, daß diejenigen Teile der Landwirtschaft, die eine glänzende Ernte haben, Mitteldeutschland, Brandenburg, Teile von Schlesien, ebenfalls die ausopferungsvolle Solidarität beweisen und von dem, was sie durch das Unglück der anderen gewinnen — denn das Unglück der anderen treibt bei ihnen die Preise — (Sehr wahr! b. d. Soz.) reichlich an ihre notleidenden Standesgenossen abgeben. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Dah wir auf diesem Gebiete der Landwirtschaft zu helfen jederzeit bereit sind, haben wir bewiesen. Aber wir sind nicht verpflichtet, unbefehle jede Forderung agrarischen Eigennutzes anzunehmen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und um eine solche Forderung handelt es sich gegenwärtig bei der Forderung der

Getreidezölle.

Die Begründung der Zollvorlage ist ja eigentlich durch die Ereignisse kompletter Unfuss geworden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man konnte über die Zollvorlage in einer Zeit reden, in der die Preise der Landwirtschaft sehr gedrückt waren und eine gute Ernte in Aussicht zu stehen schien. Heute ist es so, daß durch die Missernte nicht nur die Preise sehr stark angezogen haben, sondern Deutschland auch in einem ganz gewaltigen Umfange auf ausländische Einfuhr angewiesen ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn Sie sich davon überzeugen wollen, dann bitte ich Sie, sich die „Deutsche Tageszeitung“ vom 19. September d. J. vorzunehmen. Dort werden Sie in dem Artikel „Von den Getreidemärkten“ finden:

„Europa ist auf die Einfuhr hauptsächlich amerikanischer Getreides vollkommen angewiesen, und namentlich Deutschland kann ohne den nordamerikanischen Weizen und auch Roggen nicht auskommen.“ (Hört, hört! b. d. Soz.)

In dieser Zeit, in der durch die Naturereignisse die Preise sowieso gewaltig gestiegen sind, die Zollvorlage mit ihrer vollkommen überhöhten Begründung zu lesen, ist geradezu eine Aufgabe für einen Humoristen. Aus den 85 Proz., die nach der Begründung der Zollvorlage die Landwirte für ihre Produkte bekommen, sind gegenwärtig etwa 150 Proz. geworden. Die Preise an der Berliner Getreidebörse haben sich so entwickelt, daß z. B. der Roggen am 1. August rund 140 M., am 15. August 145 M., am 1. September 175 M. (Hört, hört! b. d. Soz.) und am 15. September 205 M. pro Tonne kostete. (Erneutes Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn Sie das mit dem durchschnittlichen Friedenspreis von 165 M. vergleichen, so werden Sie die wesentliche Erhöhung nicht verkennen. Das sind deutsche Preise. Die Weltmarktpreise sind gegenwärtig durchaus 50 Proz. über dem Friedensstand, und die berühmte Schere, von der wir noch im Juli bei der Beratung des Landwirtschaftsetats so viel gesprochen haben — unter Schere verstand man die Differenz in der Entwicklung der Industrieproduktionspreise und der Agrarproduktionspreise, die sich nach dem Kriege herausgebildet hat — ist vollkommen abgeklüftet, vollkommen verschwunden. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ in einer ihrer letzten Nummern den Versuch macht, nun nachzuweisen, daß die Produktionskosten der Landwirtschaft nicht 115, sondern 130 Proz. des Vorkriegspreises betragen, so mag das auf sich beruhen. Selbst aus 130 Proz. der Vorkriegsproduktionskosten werden durch die jetzigen Preise vollaus gedeckt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Diese Preisentwicklung vollzieht sich nicht nur beim Roggen, sondern auch bei allen anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen. (Abg. Schiffan (Dem.): Aber nicht bei den Kartoffeln!) Um nicht zu lang zu werden, will ich für den 1. August den Weizen mit 185 M. nennen gegenüber jetzt 225 M.; ich will die Gerste nennen: am 1. August 165 M., jetzt 240 M., den Hafer: am 1. August 150 M., jetzt 190 M. (Hört, hört! b. d. Soz.) Sie sehen, daß beim Getreide diese Preissteigerung allgemein ist. Für Schweine ist die Preisentwicklung genau so ansteigend. Bei Rindern, Ochsen und Rindfleisch ist die Kurve etwas unflacher, aber die Tendenz im wesentlichen dieselbe. Bei Obst, Gemüse, Milch und Butter haben wir überhaupt immer Preise gehabt, die wesentlich über den Vorkriegspreisen gestanden haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Als einziges Produkt, dessen Preisentwicklung unsicher ist, bleibt gegenwärtig die Kartoffel übrig. Ich glaube aber, selbst Herr Kollege Schiffan wird uns nicht beweisen wollen, daß man da mit Kartoffelzöllen abhelfen könne oder solle. (Abg. Dr. Schiffan: Ist praktisch auch unmöglich!) Das ist unmöglich. Darin sind wir also einig. Der Fall Kartoffel kann jedenfalls aus der Zollfrage ausgeschlossen werden.

Infolge dieser Preisentwicklung, die ich geschildert habe, ist denn auch die Zollbegeisterung bei den bürgerlichen Mittelparteien stark abgeklaut. Ich darf den Herren vom Zentrum ins Bewußtsein rufen, daß die „Germania“ am 9. September geschrieben hat: die Einführung von Zöllen ist bei den gegenwärtigen Preisen kaum noch vertretbar. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Ich darf vielleicht die Herren von der Volkspartei daran erinnern, daß die „Berliner Brieftzeitung“, die zu 50 Proz. sozialparteilich, zu 50 Proz. deutschnational ist, geschrieben hat: Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte seien gegenwärtig außerordentlich hoch; nach der Einführung von Schutzzöllen seien wahre Teuerungspreise in Deutschland unvermeidlich. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich darf daran erinnern, daß sich einer der begeistertsten Vorkämpfer der Agrarzölle, Professor Schring, jüngst auf der Tagung für staatswissenschaftliche Fortbildung in Söhniß mit aller Entschiedenheit gegen die Wiedereinführung von Agrarzöllen ausgesprochen hat. Und da der Herr Kollege Dr. Leibig mir jüngst persönlich gesagt hat, im Himmel des Kapitalismus sei mehr Freude über einen reuigen Sünder als über zehn Gerechte — er glaube mich nämlich für die Sache des Kapitalismus gewonnen — (Heiterkeit), so darf ich ihm vielleicht den Liebesdienst zurückgeben und ihm sagen: wir haben uns selten so gefreut wie am letzten Sonntag, als der Kollege Dr. Leibig erklärte, er, ein alter überzeugter Schutzzöllner und Agrarzöllner, könne heute vor dem Gesamtinteresse der deutschen Volkswirtschaft ein Ja zu einer Zollvorlage des Grafen Kanitz nicht verantworten, er für seine Person könne nicht Nein. (Hört, hört! b. d. Soz. Zuruf b. d. Dnat.: Für seine Person!) Selbstverständlich!

Die Annahme, daß neue Schutzzölle zu wahren Teuerungspreisen führen müßten, wird auch in der „Deutschen Tageszeitung“ bestätigt. Gegen den alten Vorkämpfer des Freihandels Lujo Brentano hat in der „Deutschen Tageszeitung“ Professor Diehl eine Serie von Artikeln veröffentlicht, in denen er die Notwendigkeit der Wiedereinführung der Agrarzölle von keinem Standpunkt aus begründet. In diesen Artikeln, die im Laufe des Monats August d. J. in der „Deutschen Tageszeitung“ erschienen sind, sagt Herr Professor Diehl:

„Selbstverständlich müssen die Agrarzölle zu einer Erhöhung des Brotpreises führen; sonst versehen sie ihren Zweck.“ (Hört, hört! b. d. Soz.) Mit dem agitatorischen Schwundel, daß das Ausland die Zölle trägt, brauchen wir uns in einer wissenschaftlichen Diskussion nicht aufzuhalten.“ (Hört, hört! b. d. Soz.)

So steht es in der „Deutschen Tageszeitung“, und ich glaube, daß damit diese Frage nun ad acta gelegt sein kann.

Ich glaube, daß kein ernsthafter Politiker in dieser Lage in dem gegenwärtigen Augenblick die Einführung von Getreidezöllen annehmen kann. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Folgen für die breiten Volksmassen wären geradezu katastrophal. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich wünsche einmal, daß ausgetauscht würde, daß alle Herren, die sonst beim Etat der Landwirtschaft im Ausschuss sitzen, verpflichtet würden, beim Etat des Volkswohlfahrtsministeriums zu sitzen. (Sehr gut! b. d. Soz.) und daß umgekehrt einmal die Sachverständigen für die Volkswohlfahrt beim Etat der Landwirtschaft mitberieten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dann würden die Beschwörer der Agrarzölle vor den Denkschriften Kenntnis haben, die uns Minister Hirtfelder in den letzten Monaten in kurzer Folge vorgelegt hat, von den Denkschriften über die Folgen der Lebensmittelerhöhung für den nationalen Bestand und die Gesundheitslage des deutschen Volkes. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Darf ich Ihnen aus der letzten Denkschrift des Ministers Hirtfelder ein paar Sätze vorlesen:

„Die Teuerungswelle in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 beeinflusste die Ernährung für große Teile des Volkes nachdrücklich. Die wertvollen Nahrungsmittel: Fett, Fleisch, Milch, Eier, für viele unerschwinglich, mußten weitgehend durch wohlfeilere: Kohlfloren, Kartoffeln, Brot, Gemüse, ersetzt werden. Häufig waren auch diese nur in unzureichender Menge zu beschaffen.“ (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Bewohner der Großstädte und Industrieregenden litten zum großen Teil schwer unter diesen Mangeln, besonders die Pensionäre, Sozial- und Kleinrentner, Handwerker und Industriearbeiter ohne Eigenheim. Im Gegenzug hierzu ersuchten sich in den kleineren Städten und Landorten die Bewohner einer ausreichenden Ernährungsmöglichkeit, ganz besonders die Selbstversorger unter ihnen.“

Die Denkschrift des Herrn Ministers Hirtfelder fährt fort: „Welche Folgen dieser Ernährungsschwierigkeiten machten sich bisher bemerkbar? In jedem wirtschaftlich schlecht gestellten Volke fällt die Geburtenziffer schnell, steigt die Sterblichkeit.“ (Hört, hört! b. d. Soz.) Minister Hirtfelder führt uns dann vor Augen, daß die Geburtenziffer in Deutschland in drei Jahren um 4 v. T. gesunken ist (Hört, hört! b. d. Soz.) und daß die Sterblichkeit, namentlich an Tuberkulose, in einem noch rascheren Tempo fortgeschritten ist. Der Herr Minister für Volkswohlfahrt gibt uns die Zahlen über den Ernährungszustand der Schulkinder und stellt fest, daß von den Schulkindern in den Industriegroßstädten höchstens 22 Proz. als ausreichend ernährt gelten könnten (Hört, hört! b. d. Soz.), dagegen 68 Proz. als unterernährt, davon die größte Hälfte als zu unzureichend ernährt, daß sie jedem Krankheitsanfall wehrlos ausgeliefert sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn angesichts solcher Zahlen und amtlichen Feststellungen wieder jetzt noch dazu käme, die Preise der Lebensmittel künstlich in die Höhe zu treiben, ich glaube, es wäre ein Verbrecher an der Volkswohlfahrt (Sehr richtig! b. d. Soz.) schon als die Landwirtschaft noch mit dem Argument operieren konnte, daß die Preise der Produkte nur 85 Proz. des Friedenspreises seien. Ich habe den Herren die

Frage entgegenhalten müssen, wie es mit den Löhnen und Gehältern steht.

Nach der letzten amtlichen Reichslohstatistik, die sich auf den September 1923 bezog, betrug damals der Lohn der deutschen Industriearbeiter im Durchschnitt 73 Proz. des Vorkriegslohns, und ich glaube, grundsätzlich ist es heute auch nicht anders geworden. Die Affordische der Arbeiter in der Staatlichen Porzellanmanufaktur werden z. B. gegenwärtig auf 85 Proz. des Friedensaffordlohns abgestellt. (Hört, hört!) Das dürfte ungefähr der allgemeine Lohnstandard der deutschen Arbeiterschaft sein, wobei es uns aber noch zweifelhaft ist, ob die unehren Beamten auch nur diesen Betrag überall erreichen. Wie wollen Sie bei dieser Notlage weite Volksschichten eine Rechtfertigung dafür finden, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte, die sowieso über dem Friedenspreis stehen, noch künstlich weiterzutreiben!

Bei den Produktionskosten der Landwirtschaft sehe ich zwar ständig Kali, Kohle, Düngemittel, Frachten; aber ich vermisse in diesen Tabellen, auch in den Produktionskostenberechnungen der „Deutschen Tageszeitung“, die Löhne der Landarbeiter. Die Vertreter der Landarbeiter sind überzeugt, daß auch diese Löhne durchweg heute noch stark unter den Friedenslöhnen stehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ueber die sozialpolitische Wirkung neuer Schutzzölle darf kein Wort des Streitens fallen. Die christlichen Verteidiger neuer Agrarzölle geben das ohne weiteres zu. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hat Professor Anshagen Artikelserien für die Vorlage des Grafen Kanitz veröffentlicht; aber als ein halbwegs ehrlicher Mann hat er gar nicht leugnen können, daß die Wirkungen der neuen Zölle sozial unendlich viel bedenklicher und gefährlicher seien als in dem Deutschland vor dem Kriege. (Sehr wahr! links.) Er hat die Erklärung hinzugefügt, daß die angekündigten Ausgleichsmaßnahmen in Wahrheit für diese soziale Erschwerung der Lage weiter Bevölkerungsteile gar keinen Ausgleich darstellen. Aus allgemein wirtschaftspolitischen Gründen ist der autonome Zolltarif jetzt viel gefährlicher als vor dem Kriege. Wenn vor dem Kriege im Gesetz ein Zoll von 7 Mark oder 7,50 Mark stand, war das nicht so gefährlich; denn jedermann wußte, daß wir einen Handelsvertrag mit Rußland, mit Oesterreich-Ungarn und mit Rumänien nur bekommen würden, wenn von diesem Zoll nachgelassen würde. Heute kommt die Getreideausfuhr für die Ostländer praktisch gar nicht in Frage; Oesterreich-Ungarn ist als Getreideausfuhrland weggefallen; Rumänien hat die große Agrarreform durchgeführt, die mindestens für ein Jahrzehnt die Ausfuhrmöglichkeit fast auf Null reduziert; und wie es in Rußland aussieht, darüber brauche ich ja nichts weiter zu sagen. Die anderen Ländern haben sehr Interesse an der Getreideausfuhr. So spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Deutsche Außenhandelsverband recht hat, wenn er gegen die Zolltarifvorlage der Regierung einwendet: wir würden törichter auf dem autonomen Zolltarif sitzen bleiben, wir würden nicht wie früher zu einem Handelsvertrag kommen, der diese Zölle nachher wenigstens herabmindert und praktisch erträglich macht.

Unter diesen Umständen ist die Forderung nach Getreidezöllen in diesem Augenblick der tollste Jollwucher, der je getrieben worden ist (Sehr wahr! bei den Soz.), und erscheint uns als eine dreiste Provokation notleidender und hungernder Volksmassen. (Erneute Zustimmung links.)

Was kann, was muß für die Landwirtschaft wirklich geschehen? Die Landwirtschaft leidet unter Steuernot. Aber die Steuernot ist ganz allgemein. Wir brauchen also eine grundlegende Steuerreform mit wenigen einfachen, klaren, einträglichen Steuern. Darüber sind wir uns einig. Sollten wir uns deshalb nicht lieber zusammersetzen und dafür sorgen, daß die dringend notwendige Steuerreform auch nicht einen Tag länger aufgeschoben wird? Ein besonderes Kapitel dabei wird die Umfassener sein, die heute eine Prämie für die Einfuhr ausländischer Fertigware ist.

Ebenso gemeinsam könnten wir arbeiten an der unerläßlichen Einschränkung der Ausgaben, an der ganz unerläßlichen Sparjamkeit eines verarmten Volkes. Diese Sparjamkeit gilt in erster Linie dem Staate und den Gemeinden, sie gilt aber in genau demselben Maße den Berufsorganisationen. Die Landbundpaläste, die gerade in letzter Zeit neu entstanden sind und zahlreich neu entstanden sind, sind kein gutes Propagandamittel für Ihre (nach rechts) Theorie von der übermächtigen Not der Landwirtschaft, und ebensowenig sind das die Reiterfeste, die Feldhüter, die man nicht zu einem praktischen Zweck einstellt (Zuruf bei den Dnat.: Rein, gar nicht!), sondern die lediglich bewaffnete Organisation gegen die Arbeiterschaft sind; ebensowenig sind es die Feste in alten Uniformen und all dieser Unfug, der ja bloß Geld kostet, agitatorische Zwecke hat und praktisch nicht das geringste herbeiführt.

Die Landwirtschaft leidet unter einer schweren Kreditnot. Mit Recht haben die Herren Vertreter der Landwirtschaft gesagt, es mag in der Industrie gehen, daß man Personalkredit nimmt, wo rasch umgeschlagen wird. In der Landwirtschaft, die nur einmal im Jahre erntet, die Kredit auf 9 Monate braucht, ist der Realcredit die einzige ernsthafte Möglichkeit des Kredits. Mit Recht haben die Herren gesagt, daß von ausländischem Realcredit für die deutsche Landwirtschaft kaum noch die Rede sein kann, und daß man sich nicht der Hoffnung hingeben darf, daß die amerikanischen und englischen Bankiers, die ihr Geld rasch verwerten und hoch verzinsen wollen, es nun langfristig bei der deutschen Landwirtschaft anlegen.

Der Weg zur Behebung der Kreditnot der Landwirtschaft ist ein anderer. Das Kreditbedürfnis der Industrie mag durch die ausländischen Kreditgeber befriedigt werden, damit die Inlandsgeber, die Versicherungs- und Sparkastengelder, wieder für die deutsche Landwirtschaft frei werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wenn dann die deutsche Landwirtschaft an uns mit der Forderung herankommt, daß man durch Gesetz die Sparfassen und andere öffentliche Kassen zwingt, einen großen Teil ihrer Gelder in Hypothekform der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, wird wiederum niemand von uns sich gegen vernünftige



Forderungen dieser Art zur Wehr setzen. Ueber diese Dinge läßt sich praktisch reden, nur dürfen Sie uns nicht damit kommen, für die 16 Proz. des deutschen Volks, die an Schutz-zöllen interessiert sind — wenn man annimmt, daß alle Bauern an Schutzzöllen interessiert sind — für diese 16 Proz. auf die anderen 84 Proz. eine sozial unerträgliche Belastung zu legen. Die Zollfrage muß in einem viel größeren Rahmen behandelt werden, als im Rahmen des Landwirtschaftsetats. Wir dürfen die deutsche Exportindustrie nicht totschlagen, indem wir ihre Produktionsbedingungen so verübeln, daß sie überall konkurrenzunfähig ist. Deutschland ist von allen Großstaaten der Welt gegenwärtig das rohstoffärmste Land. Kein Land ist so, wie Deutschland durch keine Rohstoffarmut, auf die Propaganda des Freihandels geradezu herangezogen. Diese Erkenntnis bricht sich in immer weiteren Kreisen Bahn, und die nahezu einmütige Stellung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Reichswirtschaftsrats gegen alle Hochschutzzollpläne beweist Ihnen, daß auch in den Kreisen der Wirtschaftler die richtige Einsicht sich durchsetzt.

Was die Landwirtschaft anbetrifft, so ist sie heute, welt-politisch gesehen, in Deutschland in einer ganz anderen Lage als zur Caprioli-Zeit. Damals hatten wir die Konkurrenz jungtürkischer Bodens, der in extensiver Wirtschaft mit weniger Arbeit Riesenernten zu niedrigen Preisen auf den Weltmarkt warf. Heute sind als Getreideproduzenten Rußland, Rumänien usw. ausgeschaltet und die amerikanische Getreideproduktion wird von der ständig wachsenden Volkszahl drüben, wird von England stark in Anspruch genommen. Auf den Böden, die man im Kriege neu in Bearbeitung genommen hat, von denen man selten Ernten erzielt, wird nicht billiger, sondern teurer als vorher produziert. Von einer Masseneinfuhr billigen Auslandsgetreides kann deshalb, welt-handelspolitisch gesehen, überhaupt nicht die Rede sein.

Deshalb müssen wir unsere Handelspolitik in eine Linie mit unserer Gesamtpolitik stellen.

Abrüstung, Völkerverbund, Dawes-Gutachten, Freihandel, alles das geht in derselben Linie, und in der gleichen Linie liegt der Achtstundentag und seine internationale Ratifizierung, an der wiederum kein Volk der Welt ein so großes Interesse hat wie das deutsche Volk, das nur dadurch vor übermäßiger Reparationsausbeutung geschützt werden kann.

Wir haben im letzten Friedensjahr 1913 für 3 Milliarden Mark Lebensmittelaufschlag gehabt. Durch das Diktat von Versailles ist die Bevölkerungsdichtigkeit in Deutschland nicht geringer, sondern größer geworden. Die Notwendigkeit der Lebensmittelaufschlag wird deshalb auch bleiben, wenn die Landwirtschaft ihre Produktionsleistung wieder steigert, und es wäre unsinnig, uns diese notwendige ausländische Einfuhr selbst zu verweigern. Daher betone ich noch einmal, was ich schon im Hauptausführungsbericht habe: wir gehen an die Zollfragen keineswegs dogmatisch heran. Wenn für irgendein Produkt der Landwirtschaft — sagen wir für die Viehzucht — die Notwendigkeit eines Schutzes — sagen wir — gegenüber der Gefrierfleisch-einfuhr wirklich nachgewiesen ist, dann lassen wir praktisch mit uns über eine solche Frage genau so reden, wie man mit sich reden läßt über — sagen wir — den Achtstundentag der Portiers in großen Geschäftsräumen, wie man mit sich reden läßt über den Achtstundentag der Krankenwärter, der Landarbeiter in der Erntezeit usw. Wir sind in dieser Beziehung durchaus nicht dogmatisch, aber wir wollen uns auch nicht zum Spielball einseitiger Berufs- und Gewinninteressen zu Lasten der breiten Masse des Volkes hergeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube, daß für die Landwirtschaft die Befreiung der Zwischengewinne des Handels, die direkten Beziehungen zwischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und städtischen Konsumvereinen sowie die Reform der Umsatzsteuer unendlich viel wichtiger wäre als der ganze Zollstreit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bedaure, daß die Vertreter der Landwirtschaft eine so rein agri-kultorische Politik treiben und den ihrer Dohut anvertrauten Berufsinteressen der Landwirte so außerordentlich schlecht dienen. Aber freilich, ich habe es nicht anders erwarten können, denn wir wissen, daß Landbund und Deutschnationale Partei die Verkörperung des alten brutalen Herrscherinstinktes des konservativen preussischen Adels sind (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts), daß sie nichts weiter in die Gegenwart übernommen haben als diesen Adels- und Junkergeist, und daß sie bei der Verteidigung dieser ihrer Interessen keinerlei Rücksicht nehmen — weder vor sozialen Gesichtspunkten noch vor den Anforderungen der Logik. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren haben uns hier in diesem Hause vier Jahre lang unermüdlich gepredigt: Wir wollen nichts anderes als freien Handel, freie Wirtschaft; nehmt der Landwirtschaft die Fesseln ab, und sie wird aufblühen! — Und in diesem Jahre, beim Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung, hat Herr von der Osten erklärt: Ohne eine sorgfältige Kontrolle und eine planmäßige Regulierung der Einfuhr (hört, hört bei den Sozialdemokraten) ist an einen deutschen Wiederaufbau nicht zu denken (erneutes hört, hört bei den Sozialdemokraten. Zuruf rechts: Das ist etwas anderes!) Ach, das ist etwas anderes! Die Herren verwarfen die Regelung mit,

solange sie zugunsten der breiten Volksmassen erfolge! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regelung der Einfuhr aber jetzt zugunsten jener 16 oder 5 Proz. der Bevölkerung erfolge, die Getreide verkaufen, dann ist das ganz etwas anderes (Heiterkeit links), dann ist es in der Ordnung. (Zuruf rechts: Die anderen verkaufen wohl Sand?! Heiterkeit rechts.) Herr Kollege Kaufhold, Sie werden mir verzeihen, wenn ich in diesem Rahmen nicht wieder auf den alten Streit zurückkomme, welches Interesse der Landwirt nach der und der Größe am Getreidepreise hat. Die Frage ist bei den Zolltarifkämpfen im Jahre 1902 bis zur Erschöpfung diskutiert worden. Gestatten Sie mir, auch in der Halle der Wiederholungen, die das Parlament ist, einmal etwas nicht zu wiederholen.

Es geht nicht so, daß man die innere Politik einseitig auf den Kampf gegen die Arbeiterklasse einstellt. Sie nennen das „Aus-schaltung des Marxismus“. Es geht nicht, daß man die äußere Politik auf das Kaffeln mit dem nicht vorhandenen Säbel einstellt.

Man tut dem Zolltarif eigentlich viel zu viel Ehre an, wenn man ihn sachlich bekämpft, denn er war nie sachlich gemeint. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er war ein Teil jenes großen

Das gute Buch dem Arbeiterkinde

die Kinderfreunde wollen Bibliotheken und Lesestuben schaffen

Helfst mit! Schickt Geld an die Zentrale der Kinderfreunde, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Handels, bei dem die deutschnationale Partei ihre Stimme für das Dawes-Gutachten und die Londoner Verträge verkaufen sollte (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), wofür sie dann Ministerische und Zölle bekommen sollte. Die Zölle waren ein Teil des Kaufpreises, der Herrn Kollege Schlang zum Parlamentarismus befehrt hat. (Große Heiterkeit links.) Aber daß Ihnen dieser Handel um Zölle und Ministerische mißlingt, scheint uns eine Forderung der wirtschaftlichen Vernunft und der öffentlichen Sittlichkeit (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), der öffentlichen Sittlichkeit deshalb, weil die Politik des brutalen Eigennutzes ansetzend wirkt und sehr gefährlich ist. Es ist außerordentlich leicht, den Angehörigen einer bestimmten Klasse zu sagen: wir vertreten eure Interessen mit der größten Rücksichtslosigkeit. Aber das rächt sich, meine Herren. Bei den Kommunisten in Rußland, die glaubten, die Interessen der Arbeiter mit der größten Rücksichtslosigkeit vertreten zu können, hat es sich damit gerächt, daß sie in drei Jahren zum zweitenmal die Hungersnot haben; wenn es Ihnen gelänge, die Politik Ihres Eigennutzes durchzusetzen, — wie lange, glauben Sie wohl, würde es dauern, daß die 80 oder 85 Proz. des Volkes, die davon betroffen und geschädigt werden, sich gegen Sie auflehnen, daß wir Wahlen bekommen, im Vergleich zu denen die Zoll- und Steuerwahlen des Jahres 1912 das reine Kinderpiel gewesen wären! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; Lachen rechts.) Dem deutschen Volk kann nur geholfen werden, wenn man die Interessen der einzelnen Volksschichten am Gemeinwohl vernünftig ausgleicht, wenn man eine Politik treibt, die namentlich in der jetzigen Zeit den breiten arbeitenden Massen des Volkes eine Existenzmöglichkeit gibt und die deutsche Ausfuhr nicht stranguliert. Darum, meine Herren, wenn die Zollpläne nicht endgültig begraben sein sollen, habe ich nur eine Bitte an Sie: Verahren Sie wenigstens damit wie die englischen Demokraten damit verfahren sind! Als Herr Baldwin in seine Schutz-zollvorlage einbrachte, erklärte er, darüber habe das Volk bei den letzten Wahlen noch nicht entschieden, und er müsse als ein ehrlicher und überzeugter Demokrat eine neue Entscheidung des Volkes herbeiführen. Die Entscheidung des englischen Volkes fiel mit überwältigender Mehrheit gegen den Schutz-zoll, und so kam das Kabinett Macdonald, die Regierung der Arbeiterpartei. Meine Herren, wenn Sie den Schutz-zoll wollen, lassen Sie uns vorher ehrlich darum kämpfen! Man frage das Volk! (Bravo und Hand-clatschen bei den Sozialdemokraten.)

Log. Herold (Z.) weist die Angriffe des Abg. Heilmann gegen die Zollpolitik des Reiches zurück. Das Schicksal der Zollvorlage im Reichsrat beweise, daß die einheitliche Stimmabgabe der preussischen Provinzvertreter nicht zweckmäßig sei. Hätte sie schon bestanden, dann wäre die Zollvorlage im Reichsrat gefallen. Angefichts des Fortbestehens der Industriezölle sei die Forderung nach Agrarzöllen durchaus berechtigt. Die Zentrumspartei halte an dem Schutz-zollsystem ebenso fest wie an der Sozialpolitik, sie habe aber stets den Gedanken eines möglichen Zollstuhes vorzuziehen.

Abg. Schulte-Stöpen (Dnat.) spricht der Staatsregierung die schärfste Mißbilligung seiner Fraktion aus, weil sie dem Wunsche des Hauptauschusses auf Einführung von Schutz-zöllen nicht nachgegeben sei.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf: Bisher sind an notleidende Landwirte bereits zehn Millionen Mark herausgegeben; im ganzen werden die erforderlichen Mittel die Summe von 100 Millionen weit überschreiten. Der Deutsche Industrie- und Handelsrat habe jetzt eritreischerweise die Wiedereinführung eines Zollstuhes für die Landwirtschaft für notwendig erklärt, der für lange Jahre

hinaus im Interesse nicht nur der Landwirtschaft, sondern der gesamten deutschen Wirtschaft liege. Bei der entscheidenden Abstim-mung im Staatsministerium über die Einführung von Zöllen habe es sich um keine Zufallsmehrheit gehandelt, sondern das gesamte Staatsministerium habe abgestimmt. Wichtig sei, daß im letzten Monat die Getreidepreise über die Friedenspreise gestiegen sind; die Erzeugungsmittel seien aber auch noch nicht auf der Friedenspreis gestiegen.

Abg. Westermann (Dem.) schildert als praktischer Landwirt die verheerenden Wirkungen der schlechten Witterung.

Um 5 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr vertagt.

Deutscher Städtetag.

Die Probleme der Selbstverwaltung und des Finanz-ausgleichs.

Hannover, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Tagesordnung der Donnerstagsoberhandlung des Deutschen Städtetages in Hannover wurde als erster Punkt das Thema „Die Wiederherstellung der Selbstverwaltung im Reich und in den Ländern“ behandelt. Als Referenten sprachen die Dresdener Bürgermeister Dr. Kälz und der Essener Oberbürgermeister Dr. Mann. Der Vorstand des Städtetages hatte zu diesem Punkt der Tagesordnung folgende Entschliebung vorgelegt:

„Der Deutsche Städtetag erhebt namens der deutschen Städte Einspruch gegen die um sich greifende Zurückdrängung der kommunalen Selbstverwaltung auf allen Gebieten durch Befehlgebung und Verwaltung des Reichs und der Länder. Die Selbstverwaltung ist ein unerschütterlicher Bestandteil der öffentlichen Verwaltung. Sie ist aus lebendiger Quelle schöpferischer Volkstreff doppelt notwendig in einer Zeit neuen Aufbaues des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Die Städte bekennen sich rückhaltlos zu den Pflichten, die sie als Glieder des Reichs und der Länder haben, verlangen aber im Bewußtsein ihrer Selbstverantwortung die Bewegungsfreiheit, die das Wesen der Selbstverwaltung ausmacht, und lehnen jede über das im Staatsinteresse notwendige hinausgehende staatliche Einmischung und Bevormundung ab. Sie fordern auf das nachdrücklichste die Wiederherstellung und Ausgestaltung der Selbstverwaltung im Geiste der Befehlgebung von 1808.“

Einleitend drohte die Tagung durch das Auftreten der kommunistischen Fraktion empfindlich gestört zu werden. Ihr Sprecher verlangte, daß als erster Punkt der Tagesordnung die Frage einer Amnestie für die politischen Gefangenen behandelt würde. Er konnte keine Ausführungen nur unter großer Unruhe der Versammlung beenden, die die Anregung der Kommunisten ablehnte. Die Referenten Bürgermeister Dr. Kälz und Oberbürgermeister Dr. Mann wiederholten in ihren Referaten das, was auf den kommunalen Tagungen über die Beförderung der Selbstverwaltung bereits des öfteren ausgeführt worden ist. Insbesondere kam es ihnen darauf an, auf die

Berücksichtigung der Interessen der Städte bei den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen

zwischen dem Reich, den Ländern und den Städten zu dringen.

In der Diskussion beschränkten sich die Sprecher der einzelnen Fraktionen auf eine kurze Zustimmungserklärung. Bezeichnenderweise betonte der Sprecher der sogenannten Arbeitsgemeinschaft, d. h. der deutschnationalen und volksparteilichen Delegierten sehr energisch, daß eine Bemerkung des Referenten gegen die Politisierung der Gemeindeverwaltungen unbedingt ihren Beifall finde.

Für die sozialdemokratischen Delegierten erklärte Stadterordneter Genosse Reuter, Berlin, daß diese grundsätzlich der Resolution des Vorstandes zustimmen werden: Wir tun das deshalb, um bei den demnächst stattfindenden Finanzverhandlungen, die sich aus der Durchführung des Londoner Abkommens ergeben, die Interessen der Selbstverwaltung, sowohl der Städte als auch der anderen Selbstverwaltungsorgane stärker zu berücksichtigen, und weil wir der Meinung sind, daß diese Wünsche nach einer übertriebenen Einschränkung der Selbstverwaltung unbedingt zurückgewiesen werden müssen. Wenn man hier allerdings von Selbstverwaltung spricht, betrachtet man diese scheinbar als etwas Absolutes, Feststehendes und denkt nicht daran, daß auch sie in ihren Funktionen geschichtlichen Wandlungen unterworfen ist.

Die Selbstverwaltung des Freiherren vom Stein war nicht das Geschenk eines Königs,

der den Freiherren vom Stein sehr schlecht behandelt hat. Seitdem ist eine bedeutende geschichtliche Entwicklung an uns vorübergegangen. Wir stehen in einem großen Umwälzungsprozeß, haben eine weitgehende Industrialisierung erlebt und machen eine weitgehende Vertiefung wirtschaftlicher Interessen der Gemeinden und des Staates mit. Weder ein einzelnes Dorf, noch eine Stadt kann heute in derselben Unabhängigkeit leben, wie etwa vor hundert Jahren oder im Mittelalter. Wir bedauern sehr, daß das Problem der Selbstverwaltung nicht in jenen tieferen Zusammenhängen aufgerollt wurde, sondern als Nachwort behandelt wird. Den

Besonders günstige Angebote für Herbst- u. Winterkleidung

- Winter-Schlüpfer für Herren aus gemusterten Flauchstoffen von **30.-**
- Herren-Paletots, marengo Chev. mit Samtkragen, solide Form. . . **55.-**
- Herren-Paletots aus schwarzen Eskimost., ein- u. zweif. Form von **60.-**
- Herren-Ulster m. angewebter Abseite aus verschiedenen Stoffarten, nach d. neuest. Mode verarbeitet, m. Rückengurt u. Falten in versch. Qualitäten und Ausführungen von **58.-**
- Herren-Schlüpfer a. Fischgrät-, Homespun- u. schweren Flauchstoffen m. angew. Futter in bester Verarb. und Paßform **85.-, 75.-, 65.-**
- Jackett-Anzüge für Herren aus braunem und blauem Cheviot. . . **22.50**
- Jackett-Anzüge in Nadelstreifen und meliertem Cheviot . . . **27.-**
- Jackett-Anzüge in feschen mod. Streifenmustern . . . **40.-**
- Herren-Sakkoanzüge Ersatz f. Maß aus besten Stoffen, modernen Farben und Formen **95.-, 85.-, 68.-**
- Blaue Herren-Anzüge in mod. ein- und zweireihiger Form von **70.-**

- Herren-Anzüge aus bigunen und braunen Gabardinstoffen, in eleg. Ausführung u. fescher Form, vollkommener Ersatz für Maß **110.-, 98.-**
- Culaway und Westen, marengo Cheviot . . . von **40.-**
- Smoking und Abendanzüge in eleganter Ausführung . . von **95.-**
- Herrenhosen, vornehme Streifen, gangbare Qualitäten . . . von **4.75**
- Herren-Sportanzüge, zweiteil., hochgeschlossene Form m. langer Hose . . . **17.50**
- Herren-Sportanzüge, vierteilig mit langer und Breeches-Hose von **65.-**
- Herren-Gummimäntel, Körper vorzügliche Gummierung . . von **18.-**
- Herren-Gabardinemäntel, Schlüpfer- und Tallenform von **68.-**
- Windjacken für Damen u. Herren, fesche Sportform . . . von **9.-**

- Lederjoppen für Auto- u. Motorsport aus schwarzem Leder . . **75.-**
- Herrenlederjoppen in flotter Sportform aus braunem Leder von **82.-**
- Damen-Lederjackets, fesche Wiener-Passon aus gutem braunem Leder . . . von **100.-**
- Fahr- od. Automäntel, elegante Formen aus braun. Nappaleder von **205.-**
- Chauffeurmäntel a. grau, Duffel mit warmem Futter und Aermelwindschutz . . . von **65.-**
- Chauffeuranzüge aus Kordstoff, Joppe und Breeches . . . von **45.-**
- Herren-Winterjoppen warm gefüttert, aus gutem Lodenstoff, von **21.-**
- Pelzjoppen f. Herren mit Schaf-fellfütterung, gebr., gut erhalten v. **28.-**
- Wirtschaftspolze mit Kanin-fütterung . . . von **34.-**
- Lodenmäntel f. Damen, u. Herren aus wetterfestem Strichloden von **18.-**
- Damenmäntel, fesche Form, aus Homespunstoffen . . . **7.50**
- Damenmäntel aus Donegalstoffen schicke Form . . . **9.-**

- Blaue Cheviotanzüge Gr. 38/44 haltbare Qualität, ein- u. zweireihige Form, zur Einsegnung . . **25.-**
- Marengo-Anzüge in guter Qual., mod. Form, zur Einsegnung **30.-**
- Blaue Anzüge für junge Herren Gr. 38/44, Ersatz für Maß, aus gutem Kammgarnecheviot, nach der neuesten Mode gearbeitet. . . **46.-**
- Jünglings-Anzüge aus gestreift. und kariert. Homespunstoff. **29.-**
- Jünglings-Sportanzüge mit Breecheshose, in vielen Qualitäten und Mustern. . . von **21.-**
- Jünglings-Winterschlüpfer u. Ulster Gr. 38/43, streng mod., von **25.-**
- Knaben-Wintermäntel in geschmackv. Dessins und Formen, Gr. 0. Jede weitere Größe erhöht sich entsprechend. . . von **15.-**
- Knaben-Anzüge, Sportform, aus grauen u. melierten Stoffen, Gr. 0 Jede weit. Gr. erhöht sich entspr. **12.-**
- Knaben-Pyjaks, warm gefüllt Größe 0/3, in guten Qualitäten . **20.-**

Sport-, Geh- u. Fahrpelze
in großer Auswahl fertig am Lager.

Der moderne Tanzanzug in vollend. Form, wollen, Cheviot, Jackett u. Weste m. Borte, Hose mit und ohne Galon, vollst. Maßersatz **105.-**

Chauffeuranzüge und -Mäntel, verschiedene Qualitäten in reichhaltiger Auswahl fertig am Lager.

Maßbekleidung in hervorragender Ausführung sehr preiswert

Baier Sohn

Eigene Kieiderwerke

nur Chausseestraße 29-30

In allen Abteilungen sind auch Qualitäten höherer Preislagen vorrätig

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge gegen Vorauszahlung der Beträge zuzügl. 1.- M. für Porto u. Verpackung od. gegen Nachnahme

Interessen des Städtetages ist damit nicht gedient. Uebertreibungen können leicht dazu führen, daß sie benutzt werden, auch das totalgeschworen was wir billigen. Eine objektive Kritik sollte nicht die Bedeutung der Tatsache verkennen, daß seit einigen Jahren Millionen von Volksgenossen, denen bisher die Tore der Selbstverwaltung verschlossen waren, jetzt zu verantwortlicher Mitarbeit herangezogen werden. Ohne ihre Anteilnahme könnten die großen Aufgaben der Gemeinden nicht gelöst werden. Es darf nicht der Anschein erweckt werden, als ob Selbstverwaltung eine Angelegenheit der Behörden oder der regierenden Oberbürgermeister und nicht eine Angelegenheit der gesamten Bürgerschaft wäre. Die sozialdemokratische Fraktion protestiert auf das entschiedenste gegen den politischen Skandal, der sich jetzt anfänglich des Abbaues in den Gemeinden abspielt. Sie empfiehlt dem Städtetag folgende Entscheidung zur Annahme:

Der Städtetag mißbilligt, daß die Abbauperordnung dazu mißbraucht wird, um Persönlichkeiten der Gemeindeverwaltung, die den derzeitigen Mehrheiten aus politischen Gründen mißlieblich sind, aus dem kommunalen Dienst zu entfernen.

Unter dem Eindruck dieser Ausführungen des sozialdemokratischen Sprechers wurde diese Entscheidung gegen die Stimmen der

Kommunisten einstimmig angenommen, nachdem unter allgemeiner Heiterkeit der volksparteiliche Stadtverordnete Dr. Caspari erklärt hatte, ihm sei von einem politischen Abbau nichts bekannt. Für die Kommunisten erklärte Hof-Berlin, daß sie grundsätzlich vereint für den Abbau von Sozialdemokraten eintreten würden. Die Nachmittags-Sitzung des Städtetages erledigte die vorgesehene Statutenänderung.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter!

Es steht noch von vielen Abteilungen die Beitragsmarken-Berechnung Juni aus, ebenso müssen die anderen fälligen Beitragsmarken sowie die Antragsnummern der „Arbeiter-Jugend“ heute abgerechnet werden.

heute, Freitag, den 26. September, abends 7 1/2 Uhr:

Brig: Jugendheim Ebnstraße, 46, Vortrag: „Dankeschuld oder Nachkriegsarbeit“ — Hildesberg-Kord: Jugendheim Carfaue 10, Vortrag: „Unfreie Stellung zum Staat“ — Rosbl: Schule Waldenstraße, 11, Gläubigerabend — Neufuß: Jugendheim Wilmersdorfer Str. 22, Einführungabend für die Schulentlassenen. — Neufuß Nr. Jugendheim Rogahr, 53, Vortrag: „Der deutsche Bauernkrieg“ — Niederschönweide: Schule Berliner Str. 21, Vortrag: „Das Wesen der Domschatzen“ — Niederschönweiden: Schule Blankenburger Str. 40/70, Vortrag: „Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ — Rorbelt I: Schule Dönhofs, 40, „Erich-Zoller-Abend“ — Rorb-

II: Schule Dönhofs Str. 23, Vortrag: „Proletarische Bewegung und Antileitismus“ — Dönn, Str. 21: Schule Rogahr, 3, Vortrag: „Schulreform“ — Rosenthaler Rorbelt: Dönhofsgebäude, Ebnstraße, 22, Vortrag: „Entwicklung der Erde“ — Pantani: Jugendheim Breite Str. 22, Vortrag: „Gewerkschaften und ihre Bedeutung“ — Schöndorf: Jugendheim Ebnstraße, 46, Vortrag: „Die Hauptfragen der Disziplin“ — „Kriegs-Abend“ — Spandau: Jugendheim Rundenhof Str. 17, „Erich-Zoller-Abend“ — Steglitz: Jugendheim Holteimische Str. 3, Disziplin: „Die Arbeiterjugend“ — Nummer vom August“ — Südk. R.-B.: Jugendheim Mariannenufer 1a, Vortrag: „Jugend und Republik“ — Tegelt: Jugendheim Bahnhofstr. 13, Disziplin: „Unfreie Winterarbeit“

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verein der Freiberger für Feuerbestattung e. V., von Berlin, Bezirk 13, Tempelhof, Freitag, den 26. September, abends 8 Uhr, in Mariendorf, Schulaula Kaiserstr. 21, öffentlicher Film-Vortrag. **Wund freier Menschen, Gruppen für freie Körperkultur, Freiraum, den 26. September, abends 8 Uhr, im Herderhaus, An den Reiten 10, Vortragabend, Thema: „Die Stellung der Frau im 20. Jahrhundert.“ Referent: Gertrude Rudolf Trömann. Einleitende Worte: Genosse Adolf Koch. Unkostenbeitrag.**

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
8 Uhr: Tristan u. Isolde
Opernhaus am Königsplatz
Festvorstellung:
7 1/2 Uhr: Die Meistersinger
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Der arme Vetter
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Candida

Lessing-Theater
Täglich 8 Uhr:
Die große Revue:
Wien gib acht!
Geb. 150 Mitwirkende
Karten 2-16 Mark
Kasse des ganzen Tag geöffnet

Rose-Theater
8 Uhr:
Der Weiberfeind
Casino-Theater
Täglich 8 Uhr:
Der erste bunte Prog.
Zum Schluss:
Der Eröffnungs-Schlag.
Muß Liebe schön sein!
Komödie in 4 Aufz.
Volkskümm Preise

Volksbühne
7 1/2 Uhr: Der tote Tag
Deutsch. Theater
7 Uhr
Neuinszeniert!
Michael Kramer

Kammerspiele
8 Uhr:
Ingeborg
Theater i. d. Ebnstraße Str.
Täglich 8 Uhr:
Viktoria

Komödienhaus
Hüte geschlossen
Berliner Theater
Tägl. 7.30:
Der süße Kavalier

SCALA
8 Uhr:
Internat. Varieté
Sonntag 3.30 zu
halben Preis, das
volle Programm!

Th. i. Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr:
die große Revue
„Noch und Noch“
19. 2. Teil, in 2. und 3. Besatz.
3 1/2 u. 5 1/2 Uhr

Deuts. Opernhaus
6 Uhr:
Siegfried
Musikal. Leitung:
Felix v. Weingartner
Siegfried: Kammerling
Walther Kirchhoff

Intimes Theater
8 Uhr: Seebad
Liebeskonzert
Tempo — Tempo!

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Gräfin Mariza
von Kalman

Th. i. Kommand. Str.
8 Uhr:
Mister Glöckner
Stg. 2 1/2: Wäldchen v. Dorn

Dramatisch. Theater
Chausseest. 30/31
Tel. Norden 10160/61
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Komödie
um Rosa
v. F. A. Angermayer

Kleines Th.
Heute 7 U. u. 1. Male:
Ein idealer Gatte
Kom. v. Osk. Wilde
Titel: Durlax, Arnold
Korff, Olga Limburg
F. Bonn, Hans Burg
Lattner, Mühldorf

Trianon - Th.
Tägl. 8 Uhr:
Erika Gläbner
in
„Sie“
Komödie v. Reicke
Erich Kaiser-Tietz
Rudolf Lettinger

Residenz-Th.
Dir.: Fel. Meinhardt
Täglich 8 Uhr:
Die vier
Schlaumeier
Neu von Vater v. Goetz
Helm Loh, Betty Fisher,
Rud. Waldner

Central-Th.
7 1/2 Uhr:
Alte Jakobstr. 32
Dir.: Hans Feilix
G. Wissensweim
Karl Effinger, Joh. Müller,
E. Hübner, Joh. S. Letz
Sonntagabend 3 Uhr:
Die Karlsruher

**Theater am
Hofbühnen Tor**
Täglich 8 Uhr u.
Sonnt. nachm. 3 U.
Elite-
Sänger
Festliches
September-
Programm!

**ZOOLOGISCHER
GARTEN**
Sonntags
Gr. Konzert
17 Uhr (16 Kinder 1.30 Uhr)
Aquarium
Tierkunst-
Ausstellung

Neues Theat. am Zoo
Täglich 8 Uhr:
Gastspiel
Adolf Philipp
Die Reise
nach Amerika
3 Bilder aus dem Leben des
Dreh-Amerikaners

Deutsch. Kammerspieltheat.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der Tanz um
die Liebe
Operette in 3 Akt.
von Osk. Strauss
Martha Serak
Erikav. Theilmann
Paul Graetz, Robert
Nastberger
Robert Scholz
Hans Wassmann
Georg Baselt
Erich Walter
Mus. Leit.: M. Roth
Tänze: H. Linde
Bühn. Bild: E. Seera

WINTERGARTEN
Letzte Tage
Tausch-
Konkurrenz
Winstons
Seelöwen
und
Nixen

Neues Operntheater
Täglich 8 Uhr:
K. Valentin / Dal Reichardt
in
„Vorstadtheater“
Gastspiel v. Karl Valentin

Waller-Theat.
Tägl. 7 1/2 Uhr:
Uriel Acosta

Hecht Tafelkonditorei
Zigarren, Zigaretten,
Tabak billig
Lindenstr. 81

Große Volksoper im Theater des Westens
7 Uhr: Die Walküre

Komische Oper
Direktion: James Klein
8 Uhr Abends 8 Uhr
Die gewaltigste und größte Revue aller Zeiten:
Das hat die Welt
noch nicht gesch'n
Gastspiel Kammerling Leo Sierak
über 250 Mitwirkende

Walhalla
am Rosenthaler Tor
Großes internationales
Varieté-Programm!
Anfang 8 Uhr
Preise: 0.60, 1.-, 1.50, 2.- usw.

Reichshallen-Theat.
Abends 8 U. u. Sg. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Neu: Mutter off Reisen
Rosa, halbe Pr. d. voll. Abendprog.
Dönhofs-Brettel. Progr. I
Anf. 7 1/2. Populäre Preise.

Circus Busch
Tägl. 7 u. Sonntags 3 Uhr:
Auto-Rennen in der Lati
sowie die Uhr. Eröffnungs-
Welt-Attraktionen
Carmen,
Die Zigeunerin.
Sonntag 3 U.: Erwachsene u. Kinder
Halbe Preise!
Das ungeliebte Eröffnungs- Progr.
Zum Schluss: Ein spanisches
Stierkampf.

**Ummantel
Tint**
Widel, Brillen,
esser, Blüten be-
stimmten sehr schnell, wenn
man abends den Schaum von Zucker's
Patent-Medizinal-Selle eintröpfelt
löst. Schaum erst morgens abwischen
und mit Zucker-Creme nachstreichen.
Großartige Wirkung, von Kaufleuten
bestätigt. In allen Apotheken, Droge-
rien, Parfümerie- u. Schreibgeschäften.

Stieppeden
Preiswert, direkt Fabrik
Bernhard Strohmandel,
72 Wallstr. 72 III. Spittelmarkt.
©-Sendelstr. u. Nikolaisburg, Pl. 2
Witte Stieppeden werb. aufgearb.

Möbelfabrik Rob. Seelisch, Berlin O., Rigaer Str. 71-73a
(5 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee)
bietet günstige Gelegenheit zum Möbeleinkauf
Schlafzimmer 350, 600, 650, 750, 900, 950 1200
bis 3000 Mark
Speisezimmer 500, 600, 750, 800, 850, 900, 1050
bis 2500 Mark
Herrenzimmer 470, 520, 570, 650, 700, 870, 900
bis 4500 Mark
Weiße u. farbige Küchen von 60-500 Mk. — Riesenlager in Polster-, Nußbaum- u. Einzelmöbel jeder Art.
Besichtigung lohnend und ohne Kaufzwang erbeten. Geschäftszeit von 8 bis 7 Uhr.

Eine Verpackung

Ein Preis



Sie können sich nicht irren. „Schwan im Blauband“ ist nur in einer Packung zu haben und wird in jedem Laden zum gleichen Preise von 50 Pfennig das Halbpfund verkauft. Es besteht also keine Schwierigkeit, beim Einkauf gleich das Beste zu wählen. Die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ stellt das Ideal dar, nicht nur wegen der hygienischen Herstellung, sondern auch durch unser Kirsverfahren.

Urteilen Sie selbst durch einen Versuch!



Schwan im Blauband

frisch
gekirmt

Walhalla
am Rosenthaler Tor
Großes internationales
Varieté-Programm!
Anfang 8 Uhr
Preise: 0.60, 1.-, 1.50, 2.- usw.

Circus Busch
Tägl. 7 u. Sonntags 3 Uhr:
Auto-Rennen in der Lati
sowie die Uhr. Eröffnungs-
Welt-Attraktionen
Carmen,
Die Zigeunerin.
Sonntag 3 U.: Erwachsene u. Kinder
Halbe Preise!
Das ungeliebte Eröffnungs- Progr.
Zum Schluss: Ein spanisches
Stierkampf.

**Ummantel
Tint**
Widel, Brillen,
esser, Blüten be-
stimmten sehr schnell, wenn
man abends den Schaum von Zucker's
Patent-Medizinal-Selle eintröpfelt
löst. Schaum erst morgens abwischen
und mit Zucker-Creme nachstreichen.
Großartige Wirkung, von Kaufleuten
bestätigt. In allen Apotheken, Droge-
rien, Parfümerie- u. Schreibgeschäften.

Stieppeden
Preiswert, direkt Fabrik
Bernhard Strohmandel,
72 Wallstr. 72 III. Spittelmarkt.
©-Sendelstr. u. Nikolaisburg, Pl. 2
Witte Stieppeden werb. aufgearb.

Möbelfabrik Rob. Seelisch, Berlin O., Rigaer Str. 71-73a
(5 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee)
bietet günstige Gelegenheit zum Möbeleinkauf
Schlafzimmer 350, 600, 650, 750, 900, 950 1200
bis 3000 Mark
Speisezimmer 500, 600, 750, 800, 850, 900, 1050
bis 2500 Mark
Herrenzimmer 470, 520, 570, 650, 700, 870, 900
bis 4500 Mark
Weiße u. farbige Küchen von 60-500 Mk. — Riesenlager in Polster-, Nußbaum- u. Einzelmöbel jeder Art.
Besichtigung lohnend und ohne Kaufzwang erbeten. Geschäftszeit von 8 bis 7 Uhr.

**ZOOLOGISCHER
GARTEN**
Sonntags
Gr. Konzert
17 Uhr (16 Kinder 1.30 Uhr)
Aquarium
Tierkunst-
Ausstellung

**Theater am
Hofbühnen Tor**
Täglich 8 Uhr u.
Sonnt. nachm. 3 U.
Elite-
Sänger
Festliches
September-
Programm!

Garderobe
in guten Qualitäten
auf
Teilzahlung
Herren- Damen-
Anzüge / Paletots Mäntel / Kleider
Cutaways / gestr. Hosen Kostime / Jacken
Ersatz für Massarbeit
Regenmäntel · Strickwesten · Strickjacken
Mein seit 25 Jahren durchgeführtes Prinzip
ist, den Kunden stets wirklich gediegene
und billige Ware zu günstigsten Zahlungs-
bedingungen zu liefern. — Gekaufte
Garderobe wird sofort mitgegeben.
BEISER
Lothringer Strasse 67

Inhofers
Kaffee
Tee
Von erlesener Güte
SCHUTZMARKE

Garderobe
in guten Qualitäten
auf Teilzahlung
bei kleinster An- und Abzahlung
Zwecks Räumung meiner Riesenslager werden
800 Anzüge, Paletots, Ulster
Regenmäntel, Burschen-Anzüge
außerordentlich preiswert abgegeben
Bei genügender Legitimation sofortige Aus-
handlung der Ware
COHN
Osten: Große Frankfurter Str. 59
15 Minuten vom Alexanderplatz
Norden: Badstraße 47-48
(5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen)
Bitte auf Firma und Nr. zu achten!

